

RheinlandPfalz



Kultusministerium

Lehrplan

SOZIALKUNDE

(Klassen 7–9/10)

Hauptschule

Realschule

Gymnasium

-V RP

-6(1984)

Sozialkunde (Klassen 7–9/10)
Hauptschule, Realschule, Gymnasium

Emil Sommer, Verlag für das Schulwesen, Grünstadt

Georg-Eckert-Institut BS78



1 170 644 9

Vorwort

Die Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien unseres Landes haben in den vergangenen Jahren die schulartenübergreifend angelegten Lehrplänenwürfe für die Klassen 7 bis 9/10 intensiv erprobt und darüber ausführlich berichtet; der Landesrat, zahlreiche Fachwissenschaftler und Fachlehrer der Hochschulen sowie Fachlehrer der Studiengemeinschaften haben umfangreiche Stellungnahmen und Gutachten dazu abgegeben; in mehreren Tagungen sind von einer breiten Teilnehmerbasis in der Arbeitsstelle für Lehrplankoordination und -koordination in Bad Kreuznach die bildungstheoretischen Vorstellungen diskutiert worden, die der Lehrplankommission in Rheinland-Pfalz zugrunde liegen.

Alle Kritiken, Verbesserungsvorschläge und Zustimmungen sind aufmerksam registriert und beachtet worden. Die nun vorliegenden Lehrpläne sind Ergebnis dieser sehr aufwendigen Erprobung, die sich vor allem auf drei Bereiche konzentrierte:

– Die teilweise überhöhten Anforderungen der Lehrplänenwürfe sind auf Lernziele und Unterrichtsstunden reduziert worden, die in 25 Unterrichtswochen pro Schuljahr erreicht werden können. Damit steht ein erweitertes pädagogischer Freiraum zur Verfügung, der vor allem für Wiederholung und vertiefendes Üben, aber auch für Schwerpunktsetzungen genutzt werden sollte.

– Die unterschiedlichen Anforderungen für einzelnen Schularten sind erarbeitet worden. Um dies auch formal zu unterstreichen, werden in fast allen Lehrplänen die Themenstränge und Lernziele für die einzelnen Schularten getrennt ausgewiesen, auch wenn sie sich in vielen Punkten bis auf die Formulierung gleichen.

Dem Fachlehrer steht somit die wichtigste geschlossene Darstellung zur Verfügung. Das für einzelne Schularten Informative

– Die Sprache der Lehrpläne ist klarer und damit prägnanter geworden.

Ich erwarte, daß auch die Fachkonferenzen der einzelnen Schularten bei der Bearbeitung der Lehrpläne und in Bewußtsein ihrer pädagogischen Aufgabe anfangs diese Themenstränge ausgetafeln.

Allen an der Bearbeitung der Lehrplänenwürfe und an der Erprobung der Lehrpläne Beteiligten, insbesondere den Fachlehrerlichen Kommissionen, danke sehr herzlich.

Lehrplan

SOZIALKUNDE

(Klassen 7–9/10)

Hauptschule

Realschule

Gymnasium

Georg-Eckert-Institut

für internationale

Schulbuchverlag

Braunschweig

Schulbuchbibliothek

857 270

Z-V RP
S-6(1984)

Herausgeber: Kultusministerium Rheinland-Pfalz, Mainz
Verlag: Emil Sommer, Verlag für das Schulwesen, Grünstadt
Gesamtherstellung: Emil Sommer, Druck und Verlag, Grünstadt

Januar 1984

Vorwort

Die Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien unseres Landes haben in den vergangenen Jahren die schulartübergreifend angelegten Lehrplanentwürfe für die Klassen 7 bis 9/10 intensiv erprobt und darüber ausführlich berichtet; der Landeselternbeirat, zahlreiche Fachwissenschaftler und Fachdidaktiker der Hochschulen sowie Fachleiter der Studien-seminare haben umfangreiche Stellungnahmen und Gutachten dazu abgegeben; in mehreren Tagungen sind von einem breiten Teilnehmerkreis in der Arbeitsstelle für Lehrplan-entwicklung und -koordination in Bad Kreuznach die bildungstheoretischen Vorstellungen diskutiert worden, die der Lehrplanarbeit in Rheinland-Pfalz zugrunde liegen.

Alle Kritiken, Verbesserungsvorschläge und Zustimmungen sind aufmerksam registriert und bedacht worden. Die nun vorliegenden Lehrpläne sind Ergebnis dieser sehr aufwendigen Erprobung, die sich vor allem auf drei Bereiche konzentrierte:

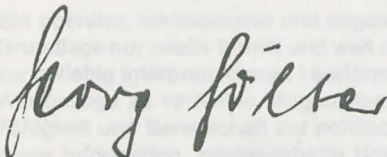
- Die teilweise überhöhten Anforderungen der Lehrplanentwürfe sind auf Lernziele und Unterrichtsinhalte reduziert worden, die in 25 Unterrichtswochen pro Schuljahr erreicht werden können. Damit steht ein erweiterter pädagogischer Freiraum zur Verfügung, der vor allem für Wiederholung und vertiefendes Üben, aber auch für Schwerpunktsetzungen genutzt werden sollte.
- Die unterschiedlichen Anforderungen der einzelnen Schularten sind deutlich herausgearbeitet worden. Um dies auch formal zu unterstreichen, werden in fast allen Lehrplänen die Themenabfolgen und Lernziele für die einzelnen Schularten getrennt ausgewiesen, auch wenn sie sich in vielen Punkten bis auf die Formulierung gleichen.

Dem Fachlehrer steht somit das verpflichtende Programm für seinen Unterricht in geschlossener Darstellung zur Verfügung; er kann sich aber gleichzeitig mühelos über das der anderen Schularten informieren.

- Die Sprache der Lehrpläne ist klarer und damit prägnanter geworden.

Ich erwarte, daß sich die Fachkonferenzen der einzelnen Schulen intensiv mit den Lehrplänen befassen und im Bewußtsein ihrer pädagogischen Verantwortung den Unterricht anhand dieser Richtlinien ausgestalten.

Allen an der Erprobung der Lehrplanentwürfe und an der Fertigstellung der Lehrpläne Beteiligten, insbesondere den Fachdidaktischen Kommissionen, danke ich für ihre Arbeit sehr herzlich.



(Dr. Georg Gölter)

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Fachdidaktische Konzeption	5
2. Hinweise zur Umsetzung des Lehrplans im Unterricht	7
3. Lehrplanteil Hauptschule	8
4. Lehrplanteil Realschule	29
5. Lehrplanteil Gymnasium	55

1. Fachdidaktische Konzeption

Das Verständnis von politischer Bildung, das dem Lehrplan für das Fach Sozialkunde zugrunde liegt, kann so umschrieben werden:

- Sozialkunde ist Politikunterricht; das Politische ist der facheigene Aspekt der unterschiedlichen Unterrichtsinhalte.
- Politisch heißt alles soziale Handeln, das auf gesamtgesellschaftlich verbindliche Regelungen zielt, solche Regelungen beabsichtigt oder beeinflussen will.
- Zum Verständnis von Politik gehört auch die Einsicht in die politische Relevanz primär nichtpolitischer sozialer Bereiche, Gebilde und Handlungen.
- Politische Bildung muß in der Formulierung ihrer Wertbezüge und ihrer Ziele die Komplexität der Prinzipien und Normen beachten, die dem Sozialen eigen ist.
- Politische Bildung orientiert sich an der Personalität des Menschen, indem sie vor der Dialektik von Individualität und Sozialität, Überlieferung und Fortschritt ausgeht.
- Personalorientierte politische Bildung basiert auf einem Freiheitsverständnis, das den institutionellen Gehalt der Freiheitsrechte des Individuums unter Vermeidung individualistischer Verkürzung und kollektivistischer Übersteigerung entfaltet.
- Politische Bildung versteht daher Politik als die ständig neu gestellte Aufgabe, menschliches Zusammenleben in Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit zu ordnen und zu gewährleisten, und sie mißt konkrete Politik an diesem Verständnis.
- Politische Bildung muß versuchen, die grundlegenden Wertbezüge der Verfassung dialektisch und interpretierend dem Verständnis des Schülers als Hilfe zur Selbstbestimmung in sozialer Verantwortung zu erschließen.

Die hier umschriebenen Wertbezüge ergeben sich aus der Überzeugung, daß politische Bildung in unserem öffentlichen Schulwesen ihre Legitimation erhält aus der Orientierung am Verfassungskern des Grundgesetzes (Art. 1 und 20) als dem gemeinsamen Bezugspunkt sozialer, politischer und wissenschaftlicher Pluralität. Der Unterricht soll in der Auseinandersetzung mit konkreter und aktueller Politik, mit ihren Konflikten und Problemen dem Schüler die Grundwerte und Strukturprinzipien der Verfassung als Orientierungshilfen und als Maßstäbe des Urteilens verständlich und verfügbar machen. Politische Bildung zielt also auf kritikfähige Identifikation mit den Werten und Normen der Verfassung auf der Basis rationalen Urteilens (vgl.: Politische Bildung, Grundlagen und Zielprojektionen für den Unterricht an Schulen, hrsgg. von W. Braun, W. Hahn, H. Maier, W. Remmers, W. Scherer, B. Vogel, Stuttgart 1976).

Ein oberstes, umfassendes und allgemeines Ziel politischer Bildung läßt sich auf dieser Grundlage nur relativ formal und weit umschreiben, weil jede Kurzformel in der Gefahr ist, zur beliebig interpretierbaren Leerformel zu werden und die Komplexität der aufgezeigten Wertbezüge zu verfehlen. Allgemeines Ziel politischer Bildung ist die Vermittlung von Fähigkeit und Bereitschaft zur politischen Beteiligung durch möglichst unvoreingenommene Information, gewissenhafte Urteilsbildung und verantwortliche Entscheidung im Politischen nach Maßgabe der Grundnormen des Grundgesetzes.

Im Rahmen dieses Verständnisses politischer Bildung wurden die nachstehenden allgemeinen Qualifikationen für das Fach Sozialkunde entwickelt:

1. Fähigkeit und Bereitschaft zur Selbstbestimmung in sozialer Verantwortung.
2. Fähigkeit und Bereitschaft zu Orientierung, Urteilsbildung und Selbstbehauptung und zur Kommunikation in der weitgehend durch Medien bestimmten Öffentlichkeit.
3. Fähigkeit und Bereitschaft zur Teilnahme und zur angemessenen Wahrnehmung und Vertretung von Interessen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt.
4. Fähigkeit und Bereitschaft zur Wahrnehmung sozialer Kompetenz im Erkennen und Bewältigen gesellschaftlicher Probleme nach Maßgabe persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.
5. Fähigkeit und Bereitschaft zum Eintreten für eigenes und fremdes Recht und zu rechtlich geordneter Konfliktregelung im freiheitlichen Rechtsstaat.
6. Fähigkeit und Bereitschaft zu kritischer Loyalität gegenüber den Normen und Institutionen der politischen Ordnung.
7. Fähigkeit und Bereitschaft zum Abwägen der Interessen in zwischenstaatlichen und internationalen Beziehungen nach Maßgabe des Friedens, des Selbstbestimmungsrechts, der sozialen Gerechtigkeit und der internationalen Zusammenarbeit.

Diese Qualifikationen beschreiben die Fähigkeiten und Haltungen, die den politisch mündigen Bürger kennzeichnen. Als Umschreibung politischer Grundbildung, die Schule in wesentlichen Teilen vermitteln will, sind sie verbindlicher Zielhorizont für den Politikunterricht in allen Schularten.

Gemeinsam sind im Fach Sozialkunde in den drei Schularten neben dem Zielhorizont die meisten Themen und das Konzept eines Unterrichts, der politische Urteilsfähigkeit anstrebt. Ein in diesem Sinne problemorientierter Unterricht geht über die bloße Vermittlung von Fakten hinaus, bleibt aber zugleich der Einsicht verpflichtet, daß Erkenntnisse nur über Kenntnisse erreicht werden; er berücksichtigt andererseits, daß das Politische als Problem und als Aufgabe des Ordnen menschlichen Zusammenlebens beschrieben werden kann, sich aber nicht ausschließlich in Konflikten widerspiegelt.

Hauptschule, Realschule und Gymnasium streben diesen gemeinsamen Zielhorizont wegen der teils verschiedenen Ausgangsposition (Alter der Schüler, Lernvoraussetzungen, Fächerkanon der Schulart, Stundenansatz des Faches Sozialkunde) in unterschiedlicher Weise an. Insofern unterscheiden sich die schulartspezifischen Ausfaltungen von Themen hinsichtlich der Breite des Angehens, der Schwerpunktsetzung, der Differenziertheit der Betrachtung und des empfohlenen unterrichtlichen Vorgehens.

2. Hinweise zur Umsetzung des Lehrplans im Unterricht

Der eng gesetzte zeitliche Rahmen, der dem Fach Sozialkunde in der Sekundarstufe I zur Verfügung steht, erfordert eine sorgfältig abgestimmte Zusammenarbeit mit den Fächern Geschichte, Erdkunde, Deutsch, Religion, Arbeitslehre (Hauptschule) und Wirtschafts- und Sozialkunde (Realschule); dies ist Aufgabe der Fachkonferenzen an jeder Schule.

An entsprechenden Stellen enthält der Lehrplan Hinweise auf Themen und Lernziele der Fächer Geschichte, Erdkunde, Wirtschafts- und Sozialkunde (Realschule). Beim Themenbereich Massenmedien ist eine Absprache mit dem Deutschlehrer der Klasse erforderlich.

Die **Problemziele** sind für das dem Lehrplan zugrundeliegende Verständnis politischer Bildung von zentraler Bedeutung. Die als Fragen formulierten Problemziele beinhalten Grundfragen des Politischen, Aufgaben der Politik, die nicht glatt beantwortet werden können; die Auseinandersetzung mit diesen Fragen und Aufgaben erfordert sachgemäße Information, Denken in Alternativen, den Versuch, politische Urteile rational und wertbezogen zu begründen. Bei den Themen für Realschule und Gymnasium ist in der Problemspalte mit angegeben, wie das politische Problem begrifflich-kategorial gefaßt werden kann, wobei die Begriffspaare in einem Spannungsverhältnis stehen, das nicht einseitig zugunsten des einen oder anderen Gestaltungsprinzips aufgelöst werden kann.

Die **Teillernziele** müssen verstanden werden als schüler- und sachgemäße Schritte der Auseinandersetzung mit dem Problem; dabei ist je nach Klasse und Unterrichtssituation auch ein anderes Vorgehen denkbar, wenn es in gleicher Weise eine angemessene Auseinandersetzung mit den jeweiligen Grundfragen und Aufgaben der Politik ermöglicht.

Die **Grundbegriffe** soll der Schüler am Ende der jeweiligen Unterrichtseinheit verstehen, d. h. nicht nur nennen, sondern inhaltlich beschreiben, erläutern und angemessen verwenden können.

Zusammenfassend: Das **Grundwissen** der politischen Bildung ist in den Problemzielen und Teillernzielen enthalten und in den Grundbegriffen zusammengefaßt.

Die Lernziele sind verbindlich mit Ausnahme der im Spaltenschema formulierten empfohlenen Teillernziele.

Die **zusätzlichen Hinweise** für den Unterricht nennen für den Unterrichtszusammenhang wichtige inhaltliche Aspekte.

Die ausgewiesenen Stundenansätze stellen eine **Empfehlung** dar. Sie sollen sichern, daß alle Themen des Lehrplans behandelt werden, und sie bieten Freiraum, um aktuelle Ereignisse im Unterricht zu behandeln oder solche Ereignisse als Anknüpfung und Motivation für die Behandlung von Themen des Lehrplans zu nutzen.

3. Lehrplanteil Hauptschule

Themenübersicht

Klasse 7

- 1. Thema** – Das Zusammenleben in der Schulklasse
(7 Stunden)
- 2. Thema** – Erziehung und soziales Lernen in der Familie
(8 Stunden)
- 3. Thema** – Politische Beteiligung in der Gemeinde
(10 Stunden)

Klasse 8

- 1. Thema** – Aufgaben der Massenmedien
(6 Stunden)
- 2. Thema** – Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland –
Das Bundesland Rheinland-Pfalz
(14 Stunden)
- 3. Thema** – Recht und Rechtsprechung
(5 Stunden)

Klasse 9

- 1. Thema** – Sozialismus in der DDR
(7 Stunden)
- 2. Thema** – Friedenssicherung als Aufgabe internationaler Politik
(15 Stunden)

Klasse 7:

1. Thema: Das Zusammenleben in der Schulklasse

Zeitrichtwert: 7

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
1. Was wird vom Klassensprecher erwartet?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none">– den Klassensprecher in seinen Rollen als Schüler, als Vertreter der Schulklasse und als Ansprechpartner der Lehrer verstehen lernen– Rechte wahrnehmen und Interessen vertreten lernen– die Entstehung von Konflikten in der Schule diskutieren und rationale Formen der Konfliktregelung nennen– für die Schule geltende Normen nennen– erkennen, daß verbindliche Normen das Zusammenleben in der Schulklasse/Schule und Sanktionen die Einhaltung dieser Normen regeln.	<p>Rolle</p> <p>Rollenkonflikt Konfliktregelung</p>	<p>Klassensprecherwahl; Übernahme von Aufgaben und Verantwortung durch Jungen ebenso wie durch Mädchen</p> <p>Überschneidung von Rollenerwartungen Interesse – Konflikt Rollenspiel: Rationale Regelung eines in der Schulklasse entstandenen Konflikts</p> <p>Klassenordnung Haus-/Schulordnung Norm</p> <p>Kontrolle von Interaktionen in der Schulklasse durch formelle und informelle Sanktionen</p>
2. Welche Faktoren bestimmen die sozialen Beziehungen innerhalb einer Schulklasse?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none">– ihre eigene Zugehörigkeit zu Gruppen reflektieren	<p>Gruppe</p>	<p>Gruppen: Familie, Schulklasse, Freundesgruppe, Verein u. a. Individuum – Gruppe Jungen – Mädchen Unterscheidung: Gruppe – Menge formelle Gruppe – informelle Gruppe</p>

Lernziele

Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>3. Welche Möglichkeiten hat der Schüler, auf das Schulleben Einfluß zu nehmen?</p>	<p>– den Menschen als soziales Wesen kennzeichnen</p> <p>– ein vereinfachtes fiktives Soziogramm analysieren und mögliche Ursachen für Positionen einzelner Gruppenmitglieder aufzeigen</p> <p>– sich die Struktur der eigenen Klasse bewußt machen</p> <p>– Möglichkeiten entwickeln, die Struktur der eigenen Klasse zu verbessern.</p> <p>Die Schüler sollen</p> <p>– die eigenen Teilnahmemöglichkeiten am Schulleben nennen und einschätzen</p> <p>– die Fähigkeit und Bereitschaft entwickeln, von diesen Möglichkeiten Gebrauch zu machen</p> <p>– die Verpflichtung und Verantwortung erkennen, die mit einer Aufgabe verbunden sind</p> <p>– Möglichkeiten und Grenzen einer Einflußnahme diskutieren</p> <p>– eine nicht genehme, aber rechtens zustande gekommene Entscheidung akzeptieren lernen.</p>	<p>Schülermitverantwortung (SMV)</p>	<p>Gruppen als zweckgerichtete Interessengemeinschaften „Wir-Gefühl“ Soziogramm Auswertung eines Soziogramms Grenzen und Fehlerquellen Außenseiter/Position Bindung – Isolation</p> <p>Helfersystem Klassenfahrt Rollenspiel: Veränderung der Klassenstruktur</p> <p>Schulgesetz, Schulordnung SMV-Wahlen, Schülerzeitung, Schulausschuß Klassenelternsprecher als Vermittler Schulelternbeirat als Interessenvertreter SMV-Erlaß Schülerbeteiligung in verschiedenen Bereichen</p> <p>Rechte – Pflichten</p> <p>Diskussion, Abstimmung, Mehrheit – Minderheit Verbindungslehrer</p>

Klasse 7:

2. Thema: Erziehung und soziales Lernen in der Familie

Zeitrictwert: 8

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
1. Wozu braucht der Mensch eine Familie?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – mit Hilfe von Texten, Statistiken und Bildern Einsicht in die Bedeutung der Familie für die frühkindliche Erziehung gewinnen – Leistungen der Familie für die individuelle und soziale Entwicklung des Kindes und des Jugendlichen nennen – Bedingungen angeben, die die Erziehung in der Familie zu begünstigen oder zu erschweren vermögen – erkennen, daß Fehlentwicklungen in der Familie zur Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen beitragen können. 	Erziehung	<p>Einzelner – Familie Sozialisation Sozialisationsdefizite und ihre möglichen Ursachen Hospitalismus</p> <p>vollständige/unvollständige Familie Einzelkind Geschwisterplatz Geschlecht Wohnbedingungen Scheidung, Sozialwaise, Schlüsselkind Berichte über Kindesmißhandlungen und über den Werdegang jugendlicher Straftäter</p>
2. Wie hat sich Erziehung in der Familie im Laufe der Zeit (19./20. Jh.) gewandelt?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – mit Hilfe von Bildern, schriftlichen Quellen und Statistiken den Wandel von der Groß- zur Kernfamilie (Kleinfamilie) ableiten und 	Großfamilie Kernfamilie	<p>Patriarchat, Partnerschaft Die bäuerliche Großfamilie mit ihrem Gesinde (Bilder und Darstellungen in Lesebüchern) Berufsstatistiken von heute und aus der Zeit der Jahrhundertwende Statist. Jahrbuch</p>

Klasse 7:

3. Thema: Politische Beteiligung in der Gemeinde

Zeitrichtwert: 10

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
1. Welche Erwartungen hat der Bürger an seine Heimatgemeinde?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – eigene Wünsche an die Gemeinde nennen und begründen – Zeitungsberichten Bürgerwünsche an die Gemeinde entnehmen – verschiedene kommunale Gliederungen kennen. 	Gemeinde	<p>→ Geschichte: Stoffbereich 11</p> <p>Ortsgemeinde, Verbandsgemeinde, Stadt, Kreis, Gemeindezusammenschlüsse</p>
2. Wie sorgt die Gemeinde für ihre Bürger?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – zwischen privaten Initiativen, gemeindlichen und staatlichen Aufgaben unterscheiden – ermitteln, wer in einer Gemeinde Entscheidungen trifft und für deren Ausführung sorgt 	<p>Kommune</p> <p>Gemeinderat Bürgermeister(-in) Gemeindeverwaltung Verwaltung Selbstverwaltung</p>	<p>freiwillige Aufgaben, Pflichtaufgaben Auftragsangelegenheiten des Staates Selbstverwaltung, staatl. Aufsicht Bürgerinitiative Karten zur Veranschaulichung überregionaler Aufgaben (Schulwesen, Straßenbau, Abwasserbeseitigung)</p> <p>Kommunalwahl Beigeordnete(r) Ausschüsse</p>

		Lernziele	
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
3. Welche Finanzmittel stehen einer Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung?	<ul style="list-style-type: none"> – selbständig Informationen gewinnen durch Behördenbesuch, Gespräch mit Mandatsträgern, Besuch einer Gemeinderatssitzung, Lesen des Lokalteils einer Zeitung 		Entwickeln einer Wandzeitung Tagesordnung von Ratssitzungen Bebauungsplan
	Die Schüler sollen <ul style="list-style-type: none"> – erkennen, daß große Geldmittel zum Funktionieren einer Gemeinde notwendig sind – die Notwendigkeit einer exakten Finanzplanung einsehen. 		Steuern, Gebühren Finanzausgleich Haushaltsplan Prioritätenkatalog einer Gemeinde begrenzte Finanzkraft vieler Gemeinden
4. Wie kann der einzelne Bürger über die Wahl hinaus an der Gestaltung des Lebens in seiner Gemeinde teilnehmen?	Die Schüler sollen <ul style="list-style-type: none"> – wissen, wie man auch ohne Mandat Einfluß auf gemeindliche Entscheidungen nehmen kann 	Bürgerversammlung Bürgerinitiative	Teilnahme an Sitzungen und Versammlungen Einblicke in Stadt- und Bebauungspläne Leserbriefe Anschreiben an Mandatsträger, Gespräche mit Mandatsträgern Betroffenheit – Beteiligung
	<ul style="list-style-type: none"> – aufzeigen, daß durch Tätigkeiten in Vereinen und Verbänden das Leben in einer Gemeinde wesentlich mitbestimmt wird – um die Mitwirkungsmöglichkeiten in diesen Bereichen wissen und ihre Bedeutung erkennen. 	Ehrenamt	ehrenamtliche Tätigkeit, Verein, Satzung, Mitgliederversammlung, Vorstand, Rollenspiele, die den Entscheidungsprozeß in einer Gemeinde zum Thema haben Gemeinwohl – Eigeninteresse

Klasse 8:

1. Thema: Aufgaben der Massenmedien

Zeitrichtwert: 6

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
1. Welche Informationsmöglichkeiten bietet mir die Zeitung?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – den Aufbau einer Zeitung kennenlernen – Einblick in die Anwendung verschiedener Gestaltungs-, Auswahl- und Anordnungskriterien erfahren und mögliche Wirkungen auf den Leser beschreiben – Fertigkeit entwickeln, aus vorgegebenen Fakten einen Artikel mit bestimmtem Umfang zu schreiben. 	<p>Impressum</p> <p>Nachricht/Kommentar</p>	<p>Tages-/Wochenzeitung</p> <p>Verkaufs-/Abonnementzeitung</p> <p>Ressort</p> <p>Auswahl- und Anordnungskriterien</p> <p>Redaktionskonferenz</p>
2. Werde ich richtig informiert?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit am Beispiel der Schülerzeitung erläutern und darstellen – einschlägige Rechte des Bürgers gegenüber den Medien an Fällen beschreiben – Wege vom Ereignis zur Meldung verfolgen – unterschiedliche Meinungen zum gleichen Ereignis untersuchen 	<p>Pressefreiheit</p> <p>Meinungsfreiheit</p> <p>Informationsfreiheit</p>	<p>Presserecht</p> <p>Persönlichkeitsschutz</p> <p>Gegendarstellungsrecht</p> <p>Zeugnisverweigerungsrecht</p> <p>Presse als 4. Gewalt</p> <p>Öffentliche Meinung</p> <p>Veröffentlichte Meinung</p>

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>3. Wie informiere ich mich mit Rundfunk und Fernsehen?</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> - den Aufbau des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik Deutschland kennen - einen Überblick über unterschiedliche Fernsehgewohnheiten durch eigene Untersuchungen erhalten - Möglichkeiten und Gefahren der Neuen Medien an Beispielen kennenlernen. 	<p>Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD)</p>	<p>Anstalt des Öffentl. Rechts</p> <ul style="list-style-type: none"> - Privatrundfunk - Staatsrundfunk - Kabelfernsehen <p>Urteile des Bundesverfassungsgerichts</p> <p>Befragungen zum Zuschauerverhalten</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unterhaltung - Information - Bildung <ul style="list-style-type: none"> = Kritik = Kontrolle = Meinungsbildung

Klasse 8:

2. Thema: Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland – Das Bundesland Rheinland-Pfalz

Zeitrichtwert: 14

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
1. Wie kam es zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – wesentliche Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens angeben – gestützt auf Materialien und Aussagen Betroffener beschreiben, wie die Menschen nach 1945 ums Überleben kämpfen mußten – die 4 Besatzungsmächte nennen und die Besatzungszonen an der Karte zeigen – die Schaffung einer Verfassung als Aufgabe des Parl. Rates kennen – die Bedeutung des Grundgesetzes als Verfassung der Bundesrepublik Deutschland kennen – die Nationalhymne in ihrer geschichtlichen und gegenwärtigen Bedeutung erklären. 	<p>Besatzungszonen Parlamentarischer Rat Grundgesetz</p>	<p>Währungsreform Blockade Berlins Luftbrücke</p> <p>Nationalhymne</p>
2. Wie kommt der Wille des Bürgers zum Ausdruck?	<ul style="list-style-type: none"> – an historischen oder aktuellen Gegenbeispielen die besondere Bedeutung der Wahlgrundsätze darstellen und sie als Konkretisierung von Grundrechten erklären – das Für und Wider der 5 %-Klausel diskutieren 	<p>Parlament (Bundestag, Landtag, Kreistag, Gemeinderat) Wahl, -grundsätze 5 %-Klausel</p>	<p>Wahlkampf Verhältnisswahl Mehrheitswahl</p> <p>Materialien: Art. 38 GG Wahlplakate Stimmzettel</p> <p>→ Geschichte: Stoffbereich 17/3</p>

Lernziele

Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
3. Warum gibt es in der Bundesrepublik verschiedene Parteien?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – aus den Äußerungen der Parteien zu einem konkreten Beispiel Unterschiede herausarbeiten. 	Parteien	<p>Materialien: Aktuelle Presseberichte</p>
4. Wie frei und unabhängig ist ein Abgeordneter?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – anhand des Tagesablaufs eines Abgeordneten seine Verpflichtungen und Einbindungen und die sich daraus ergebenden Spannungen erkennen und diskutieren. 	Fraktion	
5. Wie kommt es zur Bildung der Bundesregierung?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – an einem Wahlergebnis Möglichkeiten der Regierungsbildung erörtern – Koalitionsbildung als notwendiges Mittel zu demokratischer Mehrheitsfindung erklären – mit Hilfe des GG das Verfahren zur Regierungsbildung kennenlernen – das konstruktive Mißtrauen erklären. 	Koalition Bundesregierung Konstruktives Mißtrauen	<p>absolute und einfache Mehrheit Bundeskanzler Bundesminister</p> <p>Materialien: Wahlstatistiken Art. 62 ff. GG</p>
6. Welche Aufgabe hat die Opposition?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – an einer aktuellen Kontroverse die Aufgaben der Opposition erkennen und diskutieren – die Opposition als unabdingbaren Grundbestandteil der demokratischen Ordnung erkennen. 	Opposition	Herrschaftskontrolle

7. Ist durch die Gewaltenteilung eine ausreichende Machtkontrolle gewährleistet?

Die Schüler sollen

- die drei Gewalten kennen und an einem Beispiel ihre wechselseitigen Beziehungen erläutern
- den föderalistischen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland als Machtkontrolle und zur Sicherung der Freiheit erklären
- an einem Beispiel die Probleme, die sich aus unterschiedlichen Mehrheiten im Bundestag und im Bundesrat ergeben können, aufzeigen und diskutieren.

Gewaltenteilung, -verschränkung
Gesetzgebende Gewalt (Legislative)
Ausführende Gewalt (Exekutive)
Rechtsprechende Gewalt (Judikative)
Bundesrat
Föderalismus
Bundesverfassungsgericht

→ **Geschichte:** Stoffbereich 18/4
Zuordnung von Institutionen zu den 3 Gewalten
Entstehung eines Gesetzes am konkreten Beispiel
Materialien:
Art. 1 GG
Montesquieu: Vom Geist der Gesetze

8. Welche Stellung hat der Bundespräsident?

Die Schüler sollen

- den Bundespräsidenten als völkerrechtlichen Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland bezeichnen
- die Bundesversammlung als Wahlorgan des Bundespräsidenten kennen und ihre Zusammensetzung erklären
- wissen, welche Aufgabe der Bundespräsident als Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland hat
- die Namen der Bundespräsidenten seit 1949 nennen.

Bundespräsident
Bundesversammlung

Materialien:
Schaubilder
Art. 54 ff. GG

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
9. Wie wirkt das bundesstaatliche Prinzip?	Die Schüler sollen <ul style="list-style-type: none"> – die Organe des Landes Rheinland-Pfalz sowie ihre Bestellung und Funktion kennen – einen Überblick über wichtige Aufgabenbereiche eines Bundeslandes gewinnen – an einem Beispiel die Bedeutung (Wirkung und Wirksamkeit) von Landespolitik verstehen. 	Landtag Ministerpräsident Landesregierung Landtagswahl Landespolitik	Schema: Organe des Landes Rheinland-Pfalz Bürgerbeauftragter Vergleich mit Bundesorganen Wahl des Landtags Vergleich mit Bundestagswahl innere Ordnung: Polizei Kulturbereich (Schulformen, Lehrpläne) kommunaler Finanzausgleich regionale Wirtschaftsförderung vertikale Gewaltenteilung Flächenstaat – Stadtstaat (Möglicher Ausgangspunkt des Unterrichts: Zuzug einer Familie nach Rheinland-Pfalz – Schulwechsel der Kinder) → Geschichte: Stoffbereich 33/5

Klasse 8:

3. Thema: Recht und Rechtsprechung

Zeitrictwert: 5

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
1. Warum muß sich jede Gesellschaft Regeln und Ordnungen geben?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – erkennen, daß die Rechtsprechung in der Bundesrepublik nach rechtsstaatlichen Grundsätzen durchgeführt wird – durch Analyse alltäglicher Situationen, z. B. des Straßenverkehrs, erkennen, daß weitgehende Teile des Lebens durch gesetzliche Regelungen bestimmt sind – erkennen, daß Jugendliche – wie auch andere Gruppen – besonderen Schutzes bedürfen. 	<p>Rechtsstaat Gesetz</p>	<p>Faustrecht – Rechtsordnung</p> <p>Geschäftsfähigkeit Strafmündigkeit Volljährigkeit</p> <p>Jugendarbeitsschutzgesetz Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit</p>
2. Warum straft die Gesellschaft?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – anhand von Texten Strafmaßnahmen bestimmten Strafzielen zuordnen und den gesellschaftlichen Wandel in der Auffassung von Strafe diskutieren – begründen, weshalb jemand, der in einem Urteil für schuldig befunden wurde, bestraft wird. 	<p>Strafe</p> <p>Strafvollzug</p>	<p>Strafziele – Strafmaßnahmen Abschreckung Sühne Vergeltung Re-Sozialisierung</p> <p>Bestrafung Jugendlicher</p>
3. Wie sichert die Gesellschaft den Erhalt der Rechtsordnung?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – durch den Besuch einer Gerichtsverhandlung Einblick in Probleme der Rechtsfindung gewinnen 	<p>Gerechtigkeit Gleichheit vor dem Gesetz</p>	<p>Gerichtbarkeit Besuch einer Gerichtsverhandlung</p>

Lernziele

Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	<ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="356 151 734 265">– den Ablauf eines Strafverfahrens beschreiben und die unterschiedlichen Rollen der beteiligten Personen nennen und ihre Funktion begründen <li data-bbox="356 322 734 410">– den Ablauf eines Zivilprozesses beschreiben und die Unterschiede zwischen Strafprozeß und Zivilprozeß beschreiben und erklären <li data-bbox="356 446 734 555">– anhand eines Schemas Zweige und Aufbau der Gerichtsbarkeit erläutern, Rechtsstreitfälle den einzelnen Zweigen zuordnen und Zuständigkeiten begründen. 	<p data-bbox="749 151 855 192">Strafrecht Straftat</p> <p data-bbox="749 322 848 342">Zivilrecht</p>	<p data-bbox="1032 151 1309 306">Ablauf eines Strafprozesses Angeklagter Verteidiger Staatsanwalt Richter Schöffe Geschworener</p> <p data-bbox="1032 322 1127 363">Kläger Beklagter</p> <p data-bbox="1032 446 1127 508">Zeuge Vergleich Urteil</p>

Klasse 9:

1. Thema: Sozialismus in der DDR

Zeitrichtwert: 7

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
1. Wie kam es zur Entwicklung von zwei Staaten in Deutschland?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none">– Einblick in die geschichtlichen Grundlagen der DDR erlangen, z. B. durch Anlegen einer Zeittafel 1945–50– Kenntnis der Hintergründe, die zum 17. Juni 1953 führten, erlangen durch Analyse von Berichten Beteiligter und durch Statistiken über die Wirtschaftslage und über die Fluchtquoten nach 1950.	SED/Nationale Front	<p>→ Geschichte: Stoffbereich 33/1–4 Volksaufstand: 17. Juni 1953</p> <p>Mauerbau: 13. 8. 1961 Gründungsaufruf der SED Fluchtstatistiken DDR-Verfassungen: 1949/1968/1974</p>
2. Wie leben Jugendliche in der DDR?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none">– Einblick in Verfahren der Berufsorientierung und Berufslenkung gewinnen, z. B. durch Untersuchung von Berichten von Jugendlichen aus der DDR– Überblick über Freizeitmöglichkeiten der Jugendlichen in der DDR, z. B. durch Lektüre von DDR-Literatur, erlangen– Einsicht in den Zusammenhang zwischen Förderung der Kinder und Jugendlichen durch den Staat und ihre Beanspruchung bis in die Privatsphäre durch ihn gewinnen.	Kollektiv	<p>Spannungsfeld: Förderung: Beanspruchung Lebensbereiche: Schule/Beruf/Sport/Freizeit Jugendspartakiaden Jugendbücher über DDR-Leben</p>

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
3. Wie werden Kinder und Jugendliche in der DDR erzogen?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einblick in das Selbstverständnis der Jugendorganisationen der DDR gewinnen, z. B. durch Behandlung von Materialien, die ihrer Selbstdarstellung dienen - Anforderungen an die „sozialistische Persönlichkeit“ nennen - Einsicht in die eindeutig aggressive Grundhaltung erfahren, die den Jugendlichen gegenüber dem System der Bundesrepublik Deutschland beigebracht werden soll - Einblick in Begründungszusammenhänge für die sozialistische Menschenrechtsauffassung etwa am Beispiel der Freizügigkeit gewinnen. 	sozialistische Persönlichkeit	<p>FDJ/Junge Pioniere Familiengesetz der DDR Jugendgesetz der DDR Gesetzbuch der Arbeit 10 Gebote sozialistischer Moral</p> <p>Kinderbücher und Zeitungen aus der DDR Jugendweihe Feind-Bild Klassenkampf</p> <p>Kollektive Menschenrechte</p>
4. Wie wird die DDR regiert?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kenntnis des Ausschließlichkeitsanspruches der Partei durch Analyse von Dokumenten erlangen - Kenntnis der Identität von Partei und Regierung durch Beschreibung eines Strukturrasters erlangen 	<p>Volkskammer</p> <p>Einheitsliste</p>	<p>Lied: Die Partei hat immer recht</p> <p>Demokratischer Zentralismus Massenorganisationen</p> <p>Strukturplan von Staat und Partei Einparteiensystem <ul style="list-style-type: none"> - Ministerrat - Politbüro - Staatsrat </p>

3. Ist der Wehrdienst ein
– individueller – Bei-
trag zum Frieden?

- Nato und Warschauer Pakt als Militärbündnisse beschreiben
- mit Hilfe von Statistiken und Schaubildern die Rüstung in Ost und West beschreiben.

Die Schüler sollen

- die Deutsche Frage als Teil des Ost-West-Konfliktes erklären
- Beispiele für Entspannungspolitik und Abrüstungsverhandlungen kennen.

Die Schüler sollen

- die Bundeswehr im Rahmen der Sicherheitspolitik als Mittel zur Kriegsverhinderung beschreiben
- die allgemeine Wehrpflicht als von der Verfassung legitimierte Grundpflicht erkennen, die der Staat allen jungen Männern abverlangt
- das Recht des einzelnen Wehrpflichtigen, aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigern zu können, als vom Grundgesetz gewährleistet Grundrecht einordnen, das vom einzelnen eine individuelle, im Gewissen begründete Entscheidung verlangt
- dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 13. 4. 1978 entnehmen, daß der Wehrpflichtige nicht zwischen dem Wehrdienst und dem Zivildienst frei wählen kann

Deutsche Frage

Sicherheitspolitik

Bundeswehr

Wehrpflicht

Grundrecht auf
Kriegsdienstverweigerung

NATO-Doppelbeschuß

Präambel GG, Wiedervereinigungs-
gebot
Grundlagenvertrag/Ost-Verträge

Bi- und multilaterale Übereinkommen:
KSZE, MBFR, SALT

vgl. Rundschreiben des Kultusmini-
steriums vom 1. 12. 1983, Abl. S. 509 ff.

Verteidigung im Bündnis
Art. 12 a GG und 87 a GG
Art. 4, 3 GG
Wehrpflichtgesetz
Urteil BVG vom 13. 4. 1978
Zivildienst

Lernziele

Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>4. Bedarf die europäische Integration des Verzichts auf die Wahrnehmung nationaler Interessen?</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – das Spannungsverhältnis zwischen dem individuellen Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und dem Recht der Gemeinschaft auf Sicherheit und Schutz erläutern. – mit Hilfe von Karten europäische Zusammenschlüsse beschreiben – mit Hilfe einer Zeittafel die wichtigsten Stationen europäischer Einigung angeben – Modelle für ein politisch geeintes Europa beschreiben – anhand von Meldungen aus den Massenmedien exemplarisch Erfolge und Schwierigkeiten europäischer Einigungspolitik nennen – mit Hilfe von Schaubildern Aufbau und Zuständigkeiten der wichtigsten Institutionen darstellen und ihre Wirkungsweise an einem Beispiel aufzeigen. 	<p>Europäische Gemeinschaft (EG)</p>	<p>Europarat Europa der 10 Ministerrat Kommission Europ. Parlament</p> <p>Nationale Interessen</p> <p>Materialien: EWG-Vertrag</p>

4. Lehrplanteil Realschule

(Die verbindlichen Themen und Lernziele zum Berufswahlunterricht in der 8. und 9. Klasse sind in eigenen Richtlinien festgelegt.)

Themenübersicht

Klasse 8

1. Thema – Das Zusammenleben in der Schulklasse
(6 Stunden)
oder
– Erziehung und soziales Lernen in der Familie
(6 Stunden)
2. Thema – Politische Beteiligung in der Gemeinde
(8 Stunden)
3. Thema – Aufgaben der Massenmedien
(6 Stunden)
4. Thema – Berufswahlunterricht
(5 Stunden)

Klasse 9

1. Thema – Berufswahlunterricht
(10 Stunden)
2. Thema – Politische Willensbildung durch die Parteien
(5 Stunden)
3. Thema – Politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland –
Das Bundesland Rheinland-Pfalz
(12 Stunden)

Klasse 10

1. Thema – Recht und Rechtsprechung
(6 Stunden)
2. Thema – Grundfragen der Wirtschaftsordnung und -politik
(5 Stunden)
3. Thema – Sozialismus in der DDR
(7 Stunden)
4. Thema – Friedenssicherung als Aufgabe internationaler Politik
(7 Stunden)

Klasse 8:

1. Thema: Das Zusammenleben in der Schulklasse

Zeitrichtwert: 6



Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
1. Wovon ist das Zusammenleben in der Schulklasse bestimmt?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> - ihre Zugehörigkeit zu Gruppen erkennen und deren Notwendigkeit aufzeigen - den Menschen als soziale Person (gesellsch. Wesen) kennzeichnen 	Gruppe	Unterscheidung Gruppe – Menge Zwangsgruppe – freiwillige Gruppe Gruppen als zweckgerichtete Interessengemeinschaften „Wir-Gefühl“
Einzelner – Gruppe	<ul style="list-style-type: none"> - erkennen, daß verbindliche Normen das Zusammenleben in einer Schulklasse regeln und daß Sanktionen die Einhaltung der Normen sichern sollen. - Rollenerwartungen und Rollenkonflikte aus dem Bereich des Schülers analysieren - unterschiedliche Rollen des Lehrers nennen und mögliche Rollenkonflikte des Lehrers aufzeigen - Ursachen für die Entstehung von Konflikten in der Klasse aufzeigen und rationale Formen von Konfliktregelungen nennen. - verschiedene Positionen innerhalb einer Klasse beschreiben und ihr Zustandekommen und ihre Veränderbarkeit erörtern. 	Norm	Kontrolle von Interaktionen in der Schulklasse durch formelle und informelle Sanktionen
		Rolle Rollenkonflikt	Schüler(-in) – Klassenkamerad(-in) – Sohn/Tochter Lehrer(-in) – Kollege(-in) – Beamter(-in) – Vater/Mutter u. U. Simulationsspiel: Entwurf des Konflikts und der Rollenweisungen durch die Schüler Bezüglich der Außenseiterposition sehr behutsames Vorgehen: Gefahr der Verschlimmerung der Situation für Betroffene ohne die Möglichkeit der positiven Änderung durch den Lehrer

2. Hat der Schüler genügend Möglichkeiten, auf das Schulleben Einfluß zu nehmen?

Interesse – Konflikt

Die Schüler sollen

- wichtige den Schüler betreffende Normen nennen
- bei den für den Schulalltag relevanten Paragraphen der Schulordnung interpretierbare von eindeutigen Bestimmungen unterscheiden
- aus der Schulordnung und SMV-Ordnung Grundsätze für die Konfliktregelung herausfinden
- die eigenen Teilnahmemöglichkeiten am Schulleben nennen und einschätzen
- anhand der Schülersprecherwahl Merkmale der Repräsentation nachweisen
- Kriterien für Wahlentscheidungen hinsichtlich der Eignung von Kandidaten diskutieren
- in einer Spielsituation Teilnahmemöglichkeiten erproben
- über Möglichkeiten und Grenzen einer Erweiterung der Teilnahmemöglichkeiten diskutieren.

Schülermitverantwortung (SMV)

Schulordnung

Informationspflicht seitens der Schulleitung, Anhörung der Schülervertreter, gemeinsame Beratung, Verbindlichkeit der Entscheidung (Anwendung auf ein Fallbeispiel)

Teilnahme an Versammlungen, Wahlen, Übernahme eines Sprecheramtes, Mitarbeit in der SMV, in Schüler-AG's, Schülervertreter im Schulausschuß

Begriff des Repräsentanten
Notwendigkeit der Mitarbeit von Jungen und Mädchen gleichermaßen
Klassensprecher-, Schülersprecherwahl

Planung von Veranstaltungen, von Unterrichtsthemen, bei Konfliktfällen in Klassen- oder Schulgemeinschaften

Wahl der Lehrer? Mitbestimmung bei Noten?



Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>1. Wozu braucht der Mensch eine Familie?</p> <p>Einzelner – Familie</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Einsicht in die Bedeutung der Familie für die kindliche Sozialisation gewinnen: – die Phase der frühkindlichen Sozialisation als die für die Entwicklung des Menschen wichtigste kennzeichnen – Bedingungen formulieren, die die Sozialisationsleistungen einer Familie positiv oder negativ beeinflussen können – einen möglichen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Fehlentwicklung in der Familie aufzeigen. 	<p>Erziehung/ Sozialisation</p>	<p>Teilbereiche: biologische, emotional-affektive Sozialisation, Enkulturation</p> <p>Bedeutung der liebevollen Zuwendung, der Vermittlung von Zutrauen und Sicherheit (Urvertrauen)</p> <p>z. B. Wohnverhältnisse, Bedeutung der Entfaltungsmöglichkeiten im Spiel: Entwürfe familiengerechter Wohnungen und geeigneter Spielplätze (Untersuchungen der Schüler in ihrem Wohnviertel)</p> <p>Texte über Kindesmißhandlungen und den Werdegang jugendlicher Straftäter</p>
<p>2. Warum wandelt sich die Familie?</p> <p>gesellschaftlicher Wandel Strukturwandel der Familie</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Erziehungsziele früherer Zeit beschreiben und sie anhand aktueller Beispiele mit heute vorherrschenden Erziehungszielen vergleichen 		<p>Erziehungsziele im Zusammenhang mit politischen Zielsetzungen und der Gesellschaftsstruktur: z. B. Kindheit und Jugend in Biographien</p>

Klasse 8:

3. Thema: Partnerschaft

Problemlösung

1. Welche sind die Merkmale des Partnerschaftsverhaltens?

Selbstverwirklichung Knappheit der Mittel

3. Wie soll der Staat die Familie schützen und fördern?

Sozialpolitik – staatliche Eingriffe in die Familie

– die Entwicklung zur Kernfamilie darstellen

– partnerschaftliches Erziehungsverhalten beschreiben und damit angestrebte Ziele ermitteln

– erörtern, ob Jungen und Mädchen unterschiedlich erzogen werden sollen

– erklären, warum eine Veränderung der Gesellschaft auch zu einer Veränderung der Familie (Funktion und Form) führt.

Die Schüler sollen

– das Interesse von Staat und Gesellschaft am Fortbestand intakter Familien erkennen

– mit Hilfe von Grundgesetz und Landesverfassung von Rheinland-Pfalz die wichtigsten Schutzfunktionen des Staates für die Familie ermitteln

Groß-, Kernfamilie

Partnerschaft

Familienpolitik

Auswerten von Bildern, Texten und statistischem Material; Industrialisierung, Trennung von Wohn- und Produktionsstätte, Verstädterung, staatliches Erziehungs- und Sozialwesen

Gegenüberstellung Patriarchat – Partnerschaft

Erziehungsziele, z. B. formuliert in Schulgesetz und Schulordnung

Unterschiede und deren mögliche Auswirkungen, z. B. Spielsachen, Erziehungsverhalten der Eltern, Schulabschlüsse, Berufswünsche; Berufsausbildung, Benachteiligung und Gleichstellung der Frau (Ausbildung, Arbeitsplatz, Mehrfachbelastung Beruf und Familie), Aufgaben des Mannes in der Familie

Texte über das Leben bäuerlicher Großfamilien und Handwerkerfamilie vergangener Jahrhunderte; tabellarischer Vergleich mit Form und Funktion der Kernfamilie, auch der unvollständigen Familie

Funktionsverlust der Familie
Vermeidung von Drogenkonsum und Jugendkriminalität

Staatliche Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der Familie
Art. 3, 6, 7 GG
Art. 23 – 27 LV
§§ 1297 – 1921 BGB

Lernziele

Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>1. Welche Aufgaben hat die Familie?</p> <p>2. Warum wandelt sich die Familie?</p> <p>3. Welche Aufgaben hat die Familie?</p> <p>4. Welche Aufgaben hat die Familie?</p> <p>5. Welche Aufgaben hat die Familie?</p> <p>6. Welche Aufgaben hat die Familie?</p> <p>7. Welche Aufgaben hat die Familie?</p> <p>8. Welche Aufgaben hat die Familie?</p> <p>9. Welche Aufgaben hat die Familie?</p> <p>10. Welche Aufgaben hat die Familie?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - an konkreten Beispielen familienfördernde Maßnahmen des Staates diskutieren - sich an einem konkreten Beispiel mit dem Verhältnis Elternrecht/Kinderrecht/staatliche Aufsicht auseinandersetzen. 	<p>Elternrecht Kinderrecht</p>	<p>Mutterschutz, Mutterschaftsurlaub, Kindergeld, Lernmittelfreiheit, Verbot der Kinderarbeit, Jugendschutzgesetz, gesetzliche Unfallversicherung für Schüler, sozialer Wohnungsbau, Jugendarbeitsschutzgesetz</p> <p>Schutzmaßnahmen/Hilfen des Staates in Problemfällen: Berufswahl, Ausbildung; Regelungen beim Zerfall von Familien; Heimeinweisung, Adoption</p>

Klasse 8:

2. Thema: Politische Beteiligung in der Gemeinde

Zeitrichtwert: 8

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
1. Warum soll die Gemeinde ihre Aufgaben selbst lösen? Selbstverwaltung – Knappheit der Mittel	Die Schüler sollen <ul style="list-style-type: none">– Beispiele für die Aufgaben der Gemeinde (bzw. Verbandsgemeinde) ermitteln– mit Hilfe des Art. 28 GG das Prinzip der Allzuständigkeit der Gemeinde ermitteln– eine Liste der Aufgaben der Gemeinde (oder einer Verbandsgemeinde) nach Selbstverwaltungsaufgaben und Auftragsangelegenheiten des Staates gliedern– die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben sowie Einnahmen und Ausgaben einiger (die Sch. interessierender) Einzeltitel dem Haushaltsplan einer Gemeinde entnehmen– die Begrenztheit der Möglichkeiten einer Gemeinde aus der Mittelknappheit bzw. aus dem Problem der Verschuldung ableiten.	Gemeinde Kommune Selbstverwaltung	→ Geschichte: Stoffbereich 11 Lokalpresse, Tagesordnungen von Ratssitzungen, Befragen von Bürgern, Mitarbeitern der Verw. Mandatsträgern bei Selbstverwaltungsaufgaben unterscheiden zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben bei Einnahmen unterscheiden zwischen Steuern und Gebühren (Schlüsselzuweisungen) die Verschuldung der Gemeinde feststellen (durch Befragung der Verwaltung, Veröffentlichungen); Aussagen zu Ursachen und Folgen der Verschuldung sammeln

Probleme/Leitfragen	Lernziele		zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	
<p>2. Wie und mit welchen Chancen können die Bürger in ihrer Gemeinde politischen Einfluß nehmen?</p> <p>Betroffenheit – Beteiligung</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – sich zu aktuellen Problemen der Gemeinde Informationen beschaffen und diese vor der Klasse erläutern – darstellen, welche kommunalen Institutionen zu einem konkreten Fall Stellung genommen haben oder betroffen sind – die politischen Institutionen und hauptsächlichen Verwaltungseinheiten hinsichtlich grundlegender Aufgabenbereiche und personeller Zusammensetzung kennzeichnen und unterscheiden – Einflußmöglichkeiten der Bürger auf das Geschehen in seiner Gemeinde beschreiben und unterscheiden – Erschwernisse für Mitbestimmungschancen der Bürger am konkreten Beispiel erläutern. 	<p>Gemeinderat/Stadtrat Bürgermeister(-in) Gemeindeverwaltung</p> <p>(männl./weibl.) Mandatsträger</p> <p>Bürgerversammlung Bürgerinitiative</p>	<p>Problemziel kann in Form eines Planspiels (Disk. und Lösung eines kommunalen Konflikts) umgesetzt werden</p> <p>als Vorlage kann eine graphische Darstellung der Grundzüge der Gemeindeverfassung dienen (Rat, Bürgermeister(-in), Ausschüsse; Verwaltung, Ämter)</p> <p>Kommunalwahlen, Bürgerversammlungen nach § 16 der Gemeinde-Ordnung, Teilnahme an Bürgerinitiativen, Schreiben an Mandatsträger Gespräch, Leserbriefe, Tätigkeit in Vereinen und Verbänden Parteimitgliedschaft</p> <p>Unüberschaubarkeit der Entscheidungen, mangelnde Information, finanzielle Abhängigkeiten u. a.</p>

Klasse 8:

3. Thema: Aufgaben der Massenmedien

Zeitrictwert: 6

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
1. Wie informiere ich mich durch die Zeitung? Fakten – Nachrichten – Meinungen	Die Schüler sollen <ul style="list-style-type: none">– den Aufbau einer Zeitung kennen– Vergleich von Nachricht und Kommentar durchführen– einen politischen Wochenbericht über ein Thema durchführen	Nachricht Kommentar	Analyse einzelner Nachrichten aus der örtlichen Tageszeitung; Gegenüberstellung eines Kommentars; Produktion einer dreiminütigen Nachrichtensendung auf der Basis einer Zeitungsseite; Umformung einer Nachricht in einen Kommentar äußere-, innere Pressefreiheit
2. Werden wir richtig informiert? Information – Manipulation	<ul style="list-style-type: none">– Meinungs- und Pressefreiheit hinsichtlich möglicher Interessensgegensätze problematisieren– Wege vom Ereignis zur Nachricht verfolgen– unterschiedliche Meinungen zum gleichen Ereignis untersuchen und werten	Nachrichtenagentur Meinungs- und Informationsfreiheit Pressefreiheit	Notwendigkeit der Selektion von Nachrichten sollte betont werden; Stationen einer mögl. Veränderung der Nachricht auf dem Weg zum Leser aufzeigen; evtl. Spiel einer Redaktionskonferenz
3. Wie können Rundfunk und Fernsehen ihre Aufgabe in unserer Demokratie erfüllen? Rundfunkfreiheit – Kontrolle	<ul style="list-style-type: none">– den Aufbau des bundesdeutschen Rundfunkwesens kennen– Gründe für die Einführung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems erläutern– Vor- und Nachteile des privatwirtschaftlichen Rundfunks am Beispiel Kabelfernsehen abwägen– mögliche Gefahren eines zu häufigen Fernsehkonsums beurteilen	Anstalt des öffentlichen Rechts Kabelfernsehen	demokratische Kontrolle und Beratung durch die gewählten Rundfunk- bzw. Programmbeiräte am Beispiel eines Senders untersuchen

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	<ul style="list-style-type: none"> - wesentliche Aufgaben der Massenmedien in der Demokratie erläutern. 		<p>Information, Kritik, Kontrolle, Meinungsbildung</p> <p>Erläuterung der Aufgaben anhand einer Nachricht und eines Kommentars</p>

Klasse 9:

2. Thema: Politische Willensbildung durch die Parteien

Zeitrictwert: 5

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>1. Warum braucht die Demokratie Parteien?</p> <p>Gruppeninteresse – Pluralismus</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – feststellen, in welchen Bereichen Parteien tätig sind – Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Bürgerinitiativen, Verbänden und Parteien feststellen – die Verankerung der Parteien im Grundgesetz beschreiben – aus aktuellen (überschaubaren) Parteikontroversen unterschiedliche Standpunkte der Parteien herausarbeiten – Aufgaben der Parteien aus dem Parteiengesetz (§ 1) erläutern – begründen, warum eine Konkurrenz von Parteien (Zwei- und Mehrparteiensysteme) Voraussetzung für die demokratische Ordnung ist. 	<p>Partei</p> <p>Verband</p> <p>Bürgerinitiative</p>	<p>→ Geschichte: Stoffbereich 25</p> <p>Sammeln und Auswerten von Zeitungsmeldungen (Kommunal-, Landes-, Bundespolitik)</p> <p>Verwendung von Lexika o. ä.</p> <p>Art. 8, 9, 21 GG</p> <p>Verwendung von Zeitungsartikel; bei Verwendung von aufbereiteten Materialien aus Schulbüchern/Materialsammlungen besteht u. U. die Möglichkeit, unterschiedliche Grundvorstellungen/-werte aufzuzeigen.</p>
<p>2. Wie groß sind die Beteiligungschancen des einzelnen in der Partei?</p> <p>Politische Führung – innerparteiliche Demokratie</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Motive für und gegen einen Parteibeitritt gegenüberstellen – das innerparteiliche Demokratiegebot begründen – einige Bestimmungspunkte für die Einschätzung der Beteiligungschancen nennen. 	<p>innerparteiliche Demokratie</p>	<p>Rollendiskussion, Auswertung eigener Befragungen</p> <p>Art. 21 GG</p> <p>Parteiengesetz §§ 7 (1), 9, 10, 15</p> <p>Aktivität in den unteren Parteiorganisationen, Erreichen eines Funktionärtes, Einfluß der Parteispitze</p>

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
3. Sind Parteiverbote zum Schutz der Demokratie notwendig? Koalitionsfreiheit – „wehrhafte Demokratie“	Die Schüler sollen – aus den zeitgeschichtlichen Erfahrungen Gründe nennen, die zur Aufnahme des Parteiverbotes in das Grundgesetz geführt haben.		

Klasse 9:

3. Thema: Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland – Das Bundesland Rheinland-Pfalz

Zeitrichtwert: 12

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>1. Warum ist unser Wahlrecht so kompliziert?</p> <p>direkte Demokratie – indirekte Demokratie</p> <p>Partizipation – Effizienz/ Handlungsfähigkeit</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – aus vorliegendem Wahlkampfmaterial Funktionen und Zielgruppen des Wahlkampfes ermitteln und Kriterien einer rationalen Wahlentscheidung nennen – mit einem Zahlenbeispiel die Unterschiede zwischen Verhältnis- und Mehrheitswahl erproben und unterschiedliche politische Auswirkungen der Wahlsysteme beschreiben – vorgegebene Merkmale/Auswirkungen jeweils der Verhältnis- oder Mehrheitswahl zuordnen und eine Abwägung der Vor- und Nachteile vornehmen – die Rolle der Erst- und Zweitstimme bei der Bundestagswahl erklären und daraus Möglichkeiten für die Stimmabgabe aufzeigen – das Für und Wider der Fünfprozentklausel diskutieren – an historischen und aktuellen Gegenbeispielen die besondere Bedeutung der Wahlrechtsgrundsätze darstellen und sie als Konkretisierung von Grundrechten erklären. 	<p>personalisiertes Verhältniswahlrecht Erststimme Zweitstimme</p>	<p>Stammwähler, Wechselwähler, Unentschlossene, Nichtwähler</p> <p>unterschiedliche Chancen für große und kleine Parteien</p> <p>Bewertungsfaktoren u. a.: Gerechtigkeit des Wahlrechts (Zählwert-Erfolgswert), Funktionsfähigkeit des Parlaments, Stabilität der Regierung, Verbindung von Wählern und Gewählten, Aktivierung des politischen Interesses</p> <p>Wahlzettel gültig ausfüllen Stimmensplitting</p> <p>Wahlrechtsgrundsätze (Art. 38 GG)</p>

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
2a. Wie fallen politische Entscheidungen? Interessenpluralität – politische Entscheidung	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – anhand eines vorliegenden Wahlergebnisses Fragen der Regierungsbildung erörtern – Funktionen der Wahl im repräsentativen System erklären. <p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – zu einer aktuellen Kontroverse über ein geplantes Gesetzesvorhaben die Standpunkte der Parteien und ggf. der Verbände herausfinden – Vor- und Nachteile des Verbandsinflusses gegenüberstellen – an einer aktuellen Kontroverse den Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens verfolgen und graphisch darstellen – die Funktionen von Plenum, Ausschüssen und Arbeitskreisen unterscheiden – den institutionellen Aufbau des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik an einem Schaubild erklären (Staatsorgane) und mit Hilfe des Grundgesetzes die Aufgaben der Staatsorgane erläutern. 	<p>Parlament Bundestag Bundesrat</p>	<p>Kanzlerwahl (Art. 63 GG) Koalitionsabsprachen</p> <p>Art. 20 GG Herrschaftsbestellung, -kontrolle (-bestätigung oder -wechsel), Legitimation der Regierenden;</p> <p>→ Geschichte: Stoffbereich 17/3</p> <p>Spiel eines Hearings im Gesetzgebungsverfahren ggf. Vervollständigung mit Hilfe vorliegender Schaubilder</p> <p>Zuordnung vorgegebener Merkmale; Funktionsverlust des Plenums?</p>

<p>2b. Wie frei und unabhängig kann und soll ein Mandatsträger sein?</p> <p>Gewissen – Fraktionsdisziplin</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – am Beispiel knapper Parlamentsmehrheiten die Funktion der Fraktionsdisziplin erkennen und die Problematik des Art. 38 GG diskutieren. 	<p>Fraktion</p>	<p>Art. 38 und 21 GG Gewissensfreiheit – Fraktionsdisziplin/-zwang</p>
<p>3. Kann die Regierung wirksam kontrolliert werden?</p> <p>Mehrheitsprinzip – Minderheitenschutz</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Möglichkeit oppositionellen Verhaltens als Grundrecht einer demokratischen Ordnung begründen und Wert und Nutzen erörtern – an einer aktuellen Kontroverse aufzeigen, welche Aufgaben die Opposition im Parlament hat – die Handlungsmöglichkeiten der Opposition im Bundestag hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen – die in der Bundesrepublik vorhandenen Kontrollmöglichkeiten gegenüber staatlicher Macht nennen – das Prinzip der Gewaltenteilung und -verschränkung für das politische System der Bundesrepublik konkretisieren. 	<p>Opposition</p> <p>Föderalismus Gewaltenteilung Legislative Exekutive Judikative Bundesverfassungsgericht</p>	<p>Kritik, Kontrolle, Alternative (personell und sachlich)</p> <p>Debatte, Bestimmungen der Geschäftsordnung des Bundestags, Sperrminorität, kleine/große Anfrage, Fragestunde, Untersuchungsausschuß (exemplarisches Vorgehen)</p> <p>Grundrechte, Föderalismus, Gewaltenteilung, Opposition, Rechtsprechung, Massenmedien</p> <p>Schaubild</p> <p>→ Geschichte: Stoffbereich 18/4</p> <p>Additum:</p> <ol style="list-style-type: none"> Wahlkampfanalysen (Information – Manipulation) Kandidatenaufstellung (innerparteiliche Demokratie, Frauenanteil in den Parteien/Anteil weiblicher Kandidaten) Wahlverhalten

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>4. Wie wirkt das Bundesstaatliche Prinzip?</p> <p>Bundespolitik – Landespolitik</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Organe des Landes Rheinland-Pfalz sowie ihre Bestellung und Funktion kennen – einen Überblick über wichtige Aufgabenbereiche eines Bundeslandes gewinnen – an einem Beispiel die Bedeutung (Wirkung und Wirksamkeit) von Landespolitik verstehen. 	<p>Landtag Ministerpräsident Landesregierung Landtagswahl</p> <p>Landespolitik</p>	<p>Schema: Organe des Landes Rheinland-Pfalz Bürgerbeauftragter Vergleich mit Bundesorganen Wahl des Landtags Vergleich mit Bundestagswahl</p> <p>innere Ordnung: Polizei Kulturbereich (Schulformen, Lehrpläne) kommunaler Finanzausgleich regionale Wirtschaftsförderung</p> <p>vertikale Gewaltenteilung Flächenstaat – Stadtstaat</p> <p>(Möglicher Ausgangspunkt des Unterrichts: Zuzug einer Familie nach Rheinland-Pfalz – Schulwechsel der Kinder)</p> <p>→ Geschichte: Stoffbereich 33/5</p>

Klasse 10:

1. Thema: Recht und Rechtsprechung

Zeitrictwert: 6

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>1. Warum brauchen wir eine Rechtsordnung?</p> <p>Willkür – Recht</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Bedeutung der Institutionalisierung von Recht für den gesellschaftlichen Frieden und den Schutz der Menschenwürde begründen – an einem Beispiel die Bedeutung der Grundrechte hinsichtlich der Freiheitsgarantien für den einzelnen und der Bindung staatlicher Gewalt begründen – an einem Beispiel eine Grundrechtsverletzung untersuchen und feststellen, daß Grundrechte einklagbare Rechte sind – durch Analyse alltäglicher Situationen erkennen, daß weite Teile des gesellschaftlichen Lebens durch gesetzliche Regelungen bestimmt sind – Zweige, Funktionen und Aufbau der Gerichtsbarkeit erläutern – am Beispiel von Prozeßdauer und Kosten beim Zivilprozeß untersuchen, ob das Grundrecht auf Gleichbehandlung in der Praxis beeinträchtigt sein kann. 	<p>Gerechtigkeit Rechtsstaat Gesetz</p> <p>Grundgesetz Grundrecht Menschenrecht</p> <p>Berufung Revision</p>	<p>Historisches oder fiktives Fallbeispiel (z. B. Schilderung eines rechtlosen Zustandes)</p> <p>→ Geschichte: Stoffbereich 19/2 z. B. Art. 1 GG: Schutz der Menschenwürde, Art. 4 GG: Glaubens- und Gewissensfreiheit, Art. 5 GG Meinungsfreiheit u. a.</p> <p>z. B. Verletzung des Gleichberechtigungssatzes (Art. 3, 2 GG) zwischen Mann und Frau am Arbeitsplatz</p> <p>z. B. Jugendrecht (Geschäftsfähigkeit, Deliktfähigkeit, Straffähigkeit, Ehemündigkeit, Volljährigkeit); auch am Beispiel der Straßenverkehrsordnung</p>

Lernziele

Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>2. Wie und warum reagiert die Gesellschaft auf Rechtsbrüche?</p> <p>Rache – Erziehung</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Sinn und Zweck des Rechtshilfegesetzes erklären – die unterschiedlichen Rollen der an einem Strafverfahren beteiligten Personen erklären – Zivilrecht und Strafrecht unterscheiden – die Verfahrensgrundsätze und die Rechte des Angeklagten durch Beispiele erläutern und als rechtlich sinnvoll und notwendig begründen – Strafmaßnahmen bestimmten Strafzielen zuordnen, gesprochene Urteile und den gesellschaftlichen Wandel in der Auffassung von Strafe diskutieren – begründen, weshalb jemand, der in einem Urteil für schuldig befunden wurde, bestraft wird. 	<p>Angeklagter Verteidiger Staatsanwalt Richter Schöffe Geschworener Kläger Beklagter Vergleich Urteil</p>	<p>Besuch einer Gerichtsverhandlung</p> <p>Strafprozeß: Schuldfeststellung, öffentl. Interesse, Staatsanwalt, Pflichtverfahren; Zivilprozeß: priv. Interesse, Schadensersatz, kein Staatsanwalt, freiwilliges Verfahren</p> <ul style="list-style-type: none"> – Verbot der Doppelbestrafung (Art. 103 Abs. 3 GG) – keine Strafe ohne Gesetz (Art. 103 Abs. 2 GG) – Verbot der rückwirkenden Bestrafung (Art. 103 Abs. 2 GG) – Recht auf Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG) – Unabhängigkeit der Richter (Art. 97 GG) <p>Rache, Vergeltung, Abschreckung, Erziehung, (Wieder-)Eingliederung; historischer Vergleich, veränderte Strafauffassung am Beispiel Umweltschutz</p>

Klasse 10:

2. Thema: Grundfragen der Wirtschaftsordnung und -politik

Zeitrictwert: 5

Lernziele

Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>1. Wie können Lohnkonflikte vernünftig geregelt werden?</p> <p>Arbeitgeberinteresse – Arbeitnehmerinteresse</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – den Verlauf einer tariflichen Auseinandersetzung verfolgen und beschreiben – die Standpunkte der Beteiligten (Forderungen und Begründungen) zusammenfassend darstellen – einen erzielten Kompromiß hinsichtlich der Maßstäbe „Vernunft“ und „Gerechtigkeit“ beurteilen. 	<p>Tarifautonomie Gewerkschaften – Arbeitgeberverbände</p> <p>Tarifkampf</p> <p>Tarifvertrag</p>	<p>Ausgangspunkt sollten (möglichst aktuelle) Berichte in Tageszeitungen sein; Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG) Verhandlung, Vermittlung, Schlichtung, Streik, Aussperrung</p> <p>Rollenspiel: Tarifverhandlungen Löhne als Entgelt für Arbeit und als Kosten; Humanisierung, Rationalisierung, Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsplatzsicherung, (Lohn-) Diskriminierung</p>
<p>2. In welchem Maße soll der Staat in die Wirtschaft eingreifen?</p> <p>Freiheit und Lenkung des Marktgeschehens</p> <p>Ökonomie – Ökologie</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – die vier traditionellen Ziele staatlicher Wirtschaftspolitik erklären – die Problematik wirtschaftspolitischer Ziele am Beispiel wirtschaftlichen Wachstums untersuchen 	<p>Wirtschaftspolitik</p>	<p>Modell des „magischen Vierecks“:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Vollbeschäftigung – Geldwertstabilität – Wirtschaftswachstum – außenw. Gleichgewicht; <p>(Stabilitätsgesetz); Interdependenz der Ziele quantitatives – qualitatives Wachstum</p>

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	<ul style="list-style-type: none"> - an einem Beispiel die soziale Schutzfunktion des Staates erläutern. 	soziale Marktwirtschaft	System der sozialen Sicherung (z. B. bei jugendlichen Arbeitnehmern oder Rentnern); Problematik von Sparmaßnahmen, Probleme der sozialen Sicherung der Frau Additum: <ul style="list-style-type: none"> - Mitbestimmung - Betriebsverfassung

Klasse 10:

3. Thema: Sozialismus in der DDR

Zeitrchtwert: 7

Lernziele

Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>1. Wie leben die Kinder und Jugendlichen in der DDR?</p> <p>Förderung – Beanspruchung und Einengung der persönlichen Freiheit</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – an einem Beispiel die Erziehungsziele in der DDR konkretisieren – den Stellenwert von Kindergrüppe, Schule und FDJ im Leben von Kindern/Jugendlichen in der DDR beschreiben. 	<p>Kollektiv</p>	<p>Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit Jugendgesetz der DDR FDJ / Junge Pioniere Jugendweihe Wehrerziehung in der Schule</p>
<p>2. Wie wird die DDR regiert?</p> <p>demokratischer Anspruch – politbürokratischer Zentralismus</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Gründe für den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung und aus der marxistisch-leninistischen Ideologie entnehmen – die Funktion der übrigen Parteien in der DDR erläutern – die wichtigsten Merkmale von sozialistischen Wahlen beschreiben – Verständnis und Funktion der Wahlen in der DDR erläutern – Tagungsrhythmus und Abstimmungsverhalten in der Volkskammer mit dem Bundestag vergleichen und interpretieren – aus Schaubildern den Aufbau der Staatsorgane und die Verflechtung von SED und Staatsapparat erarbeiten und die Funktion der Gremien beschreiben. 	<p>SED</p> <p>Nationale Front</p> <p>Volkskammer</p> <p>Zentralkomitee Politbüro</p>	<p>Art. 1 DDR-Verfassung</p> <p>Einheitsliste (Stimmzettel) Sitzverteilung (festgelegt seit 1963) Wahlergebnisse</p> <p>Zustimmung zum sozialistischen System, zur Regierung, Vorzeigefunktion</p> <p>wenige Sitzungstage; Grundsatz der Einheit in Beschlußfassung und Durchführung (Art. 48 (2) Verfassung der DDR) Funktion der Volkskammer</p> <p>Ministerrat, Staatsrat, Nationaler Verteidigungsrat, Oberstes Gericht</p> <p>→ Geschichte: Stoffbereiche 33/1–4</p>

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>3. Wie leben die Menschen im Wirtschaftssystem der DDR?</p> <p>persönliche Interessen – staatlicher Plan</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – den Zusammenhang zwischen politischem Selbstverständnis und Wirtschaftsordnung der DDR erklären – an einem Beispiel erklären, wie ein Bedarfsgut geplant, produziert, verteilt und verkauft und nach welchen Kriterien der Preis festgesetzt wird – das Recht auf Arbeit und die Verweigerung des Streikrechts aus offiziellen Texten der DDR begründen und bewerten. 	<p>Zentralverwaltungswirtschaft</p>	<p>sozialistisches Eigentum</p> <p>VEB, LPG</p> <p>Recht auf Arbeit: Artikel 24 Verfassung der DDR; Ablehnung des Streiks durch FDGB</p> <p>→ Erdkunde: Thema 10.3</p> <p>→ Wirtschafts- und Sozialkunde: Eigentumsformen in der Wirtschaft der DDR, Sozialistische Planung</p>

Exkurs: Die Deutsche Frage

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>1. Wie können wir in der Deutschen Frage unsere Interessen friedlich wahrnehmen? Selbstbestimmungsrecht</p> <p>Interessenwahrnehmung – Kompromißbereitschaft</p> <p>Friede trotz Interessenwahrnehmung – Friede durch Interessenwahrnehmung</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – anhand des Grundgesetzes das Selbstbestimmungsrecht als unverzichtbaren Grundsatz aus unserem Freiheitsverständnis begründen – den Text der Nationalhymne hinsichtlich des Einheitsgedankens interpretieren – anhand einer Zeittafel die wichtigsten Situationen der Entwicklung der Deutschen Frage erläutern und die Deutsche Frage als Teil des Ost-West-Konflikts erklären – mit Hilfe von Leitfragen die wichtigsten Vereinbarungen des Grundlagenvertrags aus dem Vertragstext entnehmen – den aktuellen Stand der Deutschen Frage erörtern. 	<p>Selbstbestimmungsrecht Wiedervereinigung</p>	<p>→ Geschichte: Stoffbereich 33/4</p> <p>Präambel des Grundgesetzes Wiedervereinigungsgebot Nation – Zweistaatlichkeit</p> <p>Grundlagenvertrag, Vertragsfolgen</p> <p>DDR: Abgrenzungspolitik Bundesrepublik: Offenhalten der Deutschen Frage, menschliche Erleichterungen</p> <p>Eingebundenheit in die Ost-West-Beziehungen</p>

Klasse 10:

4. Thema: Friedenssicherung als Aufgabe internationaler Politik

Zeitrictwert: 7

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>1. Wie können internationale Konflikte gerecht geregelt werden?</p> <p>Interesse – Konflikt</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – an einem aktuellen internationalen Konflikt Interessen und Handlungen der unmittelbar und mittelbar Beteiligten beschreiben – die Wechselwirkung zwischen lokalen Konflikten und den internationalen Konfliktfeldern beschreiben – über die Frage der persönlichen Betroffenheit bei solchen Konflikten diskutieren – die politische und ethische Notwendigkeit einer gewaltfreien Konfliktregelung begründen – darstellen, daß Friedenspolitik Kriegsverhinderung und soziale Gerechtigkeit anstreben muß – diskutieren, inwieweit gewaltsame Lösungen „Lösungen“ sein können – anhand aktueller Konfliktherde die Befriedigungsversuche der UN beschreiben und die Erfolgsmöglichkeiten diskutieren. 	<p>Vereinte Nationen (UN)</p>	<p>Analyse eines Konflikts, wie etwa: Nahost-Konflikt; Auswertung von Tageszeitungen oder Nachrichtensendungen über mehrere Tage hinweg (unter Anleitung des Lehrers)</p> <p>Zuordnung zu:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ost-West-Konflikt – Nord-Süd-Konflikt <p>Rolle und Interessen der Großmächte untersuchen; Gefahren einer weltweiten Eskalation untersuchen</p> <p>strukturelle Gewalt</p> <p>Rolle der Vollversammlung, des Generalsekretärs und des Sicherheitsrates darstellen;</p> <ul style="list-style-type: none"> – Vetorecht der Großmächte – Mißachtung von Beschlüssen durch einzelne Staaten
<p>Gewalt – Frieden</p>			

<p>2. Welche Chancen und welche Grenzen hat eine Politik der Entspannung?</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Gründe für den Ost-West-Konflikt herausfinden und erläutern – Nato und Warschauer Pakt als Instrumente von Sicherheitspolitik aus der jeweiligen Sicht beschreiben – begründen, warum Abschreckung als alleinige Maßnahme zur Kriegsverhinderung nicht ausreicht – Chancen und Risiken der Abrüstungs- und Vertragspolitik anhand eines aktuellen Beispiels beurteilen. 	<p>Ost-West-Konflikt Sicherheitspolitik Nato – Warschauer Pakt</p>	<p>anhand von Texten, z. B. aus Geschichtsbüchern</p> <p>Primat der Abschreckung verhindert Entspannung: Konfrontation, Kalter Krieg</p> <p>exemplarische Behandlung internationaler Rüstungsverhandlungen, auf mögliche Haltungen und Einflußnahme der Deutschen eingehen</p>
---	--	--	--

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
3. Ist der Wehrdienst ein – individueller – Beitrag zum Frieden?	Die Schüler sollen <ul style="list-style-type: none"> – die Bundeswehr im Rahmen der Sicherheitspolitik als Mittel zur Kriegsverhinderung beschreiben 	Bundeswehr	vgl. Rundschreiben des Kultusministeriums vom 1. 12. 1983, Abl. S. 509 ff. Verteidigung im Bündnis GG Art. 26 und 27
Frieden – Sicherheit	<ul style="list-style-type: none"> – die allgemeine Wehrpflicht als von der Verfassung legitimierte Grundpflicht erkennen, die der Staat allen jungen Männern abverlangt 	Wehrpflicht	GG Art. 12a und 87a Wehrpflichtgesetz
Wehrdienst – Kriegsdienstverweigerung	<ul style="list-style-type: none"> – das Recht des einzelnen Wehrpflichtigen, aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigern zu können, als vom Grundgesetz gewährleistet Grundrecht einordnen, das vom einzelnen eine individuelle, im Gewissen begründete Entscheidung verlangt 	Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung	GG Art. 4 Abs. 3; Leitsätze aus der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung vom 13. 4. 1978
Gewissensentscheidung – politische Verantwortung	<ul style="list-style-type: none"> – dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 13. 4. 1978 entnehmen, daß der Wehrpflichtige nicht zwischen dem Wehrdienst und dem Zivildienst frei wählen kann – das Problem im Spannungsfeld von Gewissen und politischer Verantwortung diskutieren. 		Zivildienst

5. Lehrplanteil Gymnasium

Ausgehend von der Zielsetzung politischer Bildung und der zur Verfügung stehenden Zeit enthält der Lehrplan die sechs Themen, die unabdingbar sind für einen die Sekundarstufe I abschließenden Lehrgang, der zugleich Grundlage für Grundkurse und Leistungskurse der Mainzer Studienstufe ist.

Themenübersicht

Klasse 9

1. Thema – Bereiche der sozialen und politischen Bedingtheit des Menschen (Schulklasse – Familie – Gemeinde)
(8 Stunden)

2. Thema – Recht und Rechtsprechung
(6 Stunden)

3. Thema – Grundfragen unserer Wirtschaftsordnung
(9 Stunden)

Exkurs: Die Zeitung als Informationsquelle
(2 Stunden)

Klasse 10

1. Thema – Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland
(11 Stunden)

Exkurs: Das Bundesland Rheinland-Pfalz
(2 Stunden)

2. Thema – Das politische System der DDR
(6 Stunden)

3. Thema – Internationale Politik (Vereinte Nationen – Sicherheitspolitik – Deutschlandspolitik)
(8 Stunden)

Zur Reihenfolge der Themen

Die Reihenfolge der Themen in Klasse 9 orientiert sich an Selbstverständnis und Situation der Schüler, betrachtet den Menschen zunächst als soziales Wesen

- in seinem Zusammenleben mit anderen; – **1. Thema**
- auf rechtlich geordnete Konfliktregelung angewiesen; – **2. Thema**
- in der Notwendigkeit des Wirtschaftens stehend; – **3. Thema**
- in einer weithin durch Medien bestimmten Öffentlichkeit. – **Exkurs**

Die 3 Themen der Klasse 10 haben den Menschen als „homo politicus“ zum Gegenstand, untersuchen, orientiert an Betroffenheit von Politik und Möglichkeiten der politischen Beteiligung,

- die politische Ordnung, in der der Schüler lebt; – **1. Thema**
- das politische System des zweiten Staates in Deutschland; – **2. Thema**
- Grundfragen internationaler Politik, die ihn als Deutschen und Europäer besonders betreffen. – **3. Thema**



Klasse 9:

1. Thema: Bereiche der sozialen und politischen Bedingtheit des Menschen (Schulklasse – Familie – Gemeinde) Zeitrictwert: 8

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
1. Aspekt: Einzelner und Gruppe (Beispiel Schulklasse) Wovon ist das Zusammenleben in einer Schulklasse bestimmt? Individuum – Gruppe	Die Schüler sollen – unterschiedliche Gruppen nennen und deren Funktion beschreiben – ihre Zugehörigkeit zu Gruppen erkennen und deren Notwendigkeit bedenken – den Menschen als soziale Person (gesellschaftsbezogenes Wesen) begreifen	Kleingruppe Rolle Rollenkonflikt	Unterscheidung: Gruppe – Menge formelle, informelle Gruppe Kleingruppen: Familie, Schulklasse, Sportmannschaft u. a. Gruppen als zweckgerichtete Interessengemeinschaften Beispiel: Wandel der Geschlechtsrollen „Wir-Gefühl“ Überschneidung von Rollenerwartungen
Interesse – Konflikt Verhalten – Verhaltensnormen	– erkennen, daß Normen das Zusammenleben in einer Schulklasse regeln und Sanktionen die Einhaltung der Normen sichern sollen.		Kontrolle von Interaktionen in der Schulklasse durch formelle und informelle Sanktionen Ordnungen als Regelsystem und als Quelle für Grundsätze zur Regelung von Konflikten – Schulordnung – Hausordnung

2. Aspekt:

Einzelner – Familie – Staat

Wozu braucht der Mensch eine Familie?
Einzelner – Familie

Aus welchen Gesichtspunkten soll der Staat die Familie schützen und fördern?

Staat – Familie

Die Schüler sollen

– Einsicht in die Bedeutung der Familie für die kindliche Sozialisation gewinnen.

– an einem konkreten Beispiel das Verhältnis Elternrecht/Kindesrecht/staatliche Aufsicht verstehen lernen

– mit Hilfe des Grundgesetzes und der Landesverfassung von Rheinland-Pfalz die wichtigsten Schutzfunktionen des Staates für die Familie ermitteln und an konkreten Beispielen Möglichkeiten und Grenzen familienfördernder Maßnahmen des Staates erörtern.

Kernfamilie
Erziehung
Sozialisation

Elternrecht
Kindesrecht

Familienrecht

Teilbereiche der Sozialisation

- biologische
- emotional-affektive
- Enkulturation

Entscheidung über die Berufswahl des Kindes

Staatliche Maßnahmen zum Schutz der Familie:

- Verbot von Kinderarbeit
- Mutterschutz
- Kindergeld
- Lernmittelfreiheit
- Artikel 3, 6 und 7 GG
- Artikel 23 – 27 LV
- §§ 1297 – 1921 BGB

Berichte aus Tageszeitungen und Zeitschriften über Maßnahmen zur Unterstützung von Familien

Frage nach der Eignung bestimmter Maßnahmen in konkreten Situationen



Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>3. Aspekt: Einzelner – Gemeinde (Staat)</p> <p>Wie kann der Bürger in seiner Gemeinde politisch Einfluß nehmen?</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – sich einen Überblick über die Aufgaben einer Gemeinde verschaffen 	<p>Kommunale Selbstverwaltung</p>	<p>(Die Einbindung des Exkurses: „Die Zeitung als Informationsquelle“ ist hier möglich)</p> <p>Beispiele für die Aufgaben der Gemeinde aus Lokalpresse, Tagesordnungen von Ratssitzungen oder durch Befragen von Bürgern und/oder Mitarbeitern der Verwaltung und/oder Mandatsträgern; Haushaltsplan der Gemeinde</p>
<p>Betroffenheit – Beteiligung</p>	<ul style="list-style-type: none"> – sich über aktuelle Probleme der Gemeinde informieren – ermitteln, wer an einer Entscheidung beteiligt ist, und dabei wesentliche Organe der kommunalen Selbstverwaltung feststellen; 	<p>(Gemeinde-/Stadt-) Verwaltung Bürgermeister(-in), Beigeordnete(r), Gemeinderat, Stadttrat; Kreistag; Fraktionen</p>	<p>Teilnahme an einer Ratssitzung, einer Bürgerversammlung, Gespräche mit Mandatsträgern; Befragung von Bürgern;</p> <p>männl./weibl. Mandatsträger</p>
<p>Interessen – Gemeinwohl</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Einflußmöglichkeiten der Bürger auf das Geschehen in ihrer Gemeinde kennen, unterscheiden und erörtern. 		<p>Einflußmöglichkeiten der Bürger auf das Geschehen in ihrer Gemeinde wie: Kommunalwahlen, jährliche Bürgerversammlungen, Teilnahme an Bürgerinitiativen, Schreiben und Vorschläge an Mandatsträger, Gespräche mit Mandatsträgern</p> <p>→ Geschichte: Stoffbereiche 11 und 20/2</p> <p>→ Erdkunde: Thema 10/1</p>

Klasse 9:

2. Thema: Recht und Rechtsprechung

Zeitrichtwert: 6

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
2.1 Grundlagen der Rechtsordnung Wie werden Konflikte gerecht geregelt?	Die Schüler sollen – durch Analyse alltäglicher Situationen erkennen, daß weite Teile des Lebens durch gesetzliche Regelungen bestimmt sind	Jugendrecht	Geschäftsfähigkeit Deliktfähigkeit Strafmündigkeit Ehemündigkeit Volljährigkeit natürliche Personen – juristische Personen Haftung
Einigung – Rechtsstreit	– an einem Beispiel die Bedeutung der Institutionalisierung von Recht für den gesellschaftlichen Frieden begründen	Rechtsgut Gesetz Gerechtigkeit	Faustrecht – Rechtsordnung
Recht des Stärkeren – Gerechtigkeit Macht – Recht	– anhand des Grundgesetzes nachweisen, daß die Durchsetzung von Recht legitimerter Macht bedarf und Recht zugleich der Begrenzung von Macht dient	Rechtsstaat	Art. 20, Abs. 2 GG; Art. 92 GG Recht ohne Macht bleibt wirkungslos Macht ohne Recht ist Willkür Betrachtung der Symbolfigur „Justitia“ mit – Augenbinde: Gleichheit vor dem Gesetz – Waage: Jedem das Seine – Schwert: Durchsetzung von Rechtsnormen → Geschichte: Stoffbereich 19/2





Lernziele

Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Gesellschaftlicher Friede – Konflikt	<ul style="list-style-type: none"> durch Analyse von Rechtsstreitfällen unterschiedliche Rechtsgüter unterscheiden, Zweige und Aufbau der Gerichtsbarkeit erläutern, Rechtsstreitfälle den einzelnen Zweigen zuordnen und Zuständigkeiten begründen. 	Gerichtsbarkeit Berufung Revision	Strafgerichtsbarkeit/StGB Zivilgerichtsbarkeit/BGB Verwaltungsgerichtsbarkeit Verfassungsgerichtsbarkeit/GG Arbeitsgerichtsbarkeit Sozialgerichtsbarkeit Finanzgerichtsbarkeit Urteile, evtl. anhand von Zeitungsmeldungen Instanzenweg: Amtsgericht, Landgericht, Oberlandesgericht, Bundesgericht
2.2 Strafgerichtsbarkeit Warum straft die Gesellschaft?	Die Schüler sollen <ul style="list-style-type: none"> den Ablauf eines Strafverfahrens beschreiben und die unterschiedliche Funktion der Beteiligten nennen und beschreiben 	Straftat Angeklagter Verteidiger Staatsanwaltschaft Richter	Besuch einer Gerichtsverhandlung Schemata zum Aufbau der Strafgerichtsbarkeit und zum Verfahrensablauf Schöffen, Geschworene Gleichheit vor dem Gesetz rechtsstaatliche Prinzipien:
Gerechtigkeit – Rechtssicherheit	<ul style="list-style-type: none"> die Verfahrensgrundsätze und die Rechte der Angeklagten durch Beispiele erläutern und als rechtlich sinnvoll und notwendig begründen 	Zeuge Urteil Rechtsstaatlichkeit	– Verbot der Doppelbestrafung (Art. 103 Abs. 3 GG) – keine Strafe ohne Gesetz (Art. 103 Abs. 2 GG) – Verbot der rückwirkenden Bestrafung (Art. 103 Abs. 2 GG) – Recht auf Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG) – Unabhängigkeit der Richter (Art. 97 GG)

Rache – Sühne	<ul style="list-style-type: none"> – Strafmaßnahmen bestimmten Prinzipien zuordnen und diskutieren – begründen, weshalb jemand, der in einem Urteil für schuldig befunden wurde, bestraft wird 	Schuld	<p>Strafe in verschiedenen Gesellschaften</p> <p>Sühne</p> <p>Vergeltung</p> <p>Strafe</p> <p>Abschreckung</p> <p>Rechtssicherheit</p> <p>Ursachen von Kriminalität</p> <p>Auswerten des Lebenslaufes von Straftätern</p> <p>Statistiken über Rückfallquoten</p> <p>Berichte über Reformversuche im Strafvollzug</p> <p>Strafreformgesetze</p>
Vergeltung – (Wieder-) Eingliederung	<ul style="list-style-type: none"> – die Vielfalt von Ursachen und Gründen für Straftaten erörtern – Maßnahmen und Probleme der (Re-)Sozialisierung nennen und Wege der (Wieder-)Eingliederung in die Gesellschaft diskutieren 	Strafvollzug (Re-)Sozialisierung	<p>Vergleich von Strafprozeß und Zivilprozeß mit Hilfe von Schemata und/oder Verlaufsbeschreibungen</p> <p>Güterabwägung</p> <p>Vergleich</p>
Strafrecht – Zivilrecht	<ul style="list-style-type: none"> – den Ablauf eines Zivilprozesses beschreiben können und die Unterschiede zwischen Strafprozeß und Zivilprozeß beschreiben und erklären. 	Kläger Beklagter	





Klasse 9:

3. Thema: Grundfragen unserer Wirtschaftsordnung

Zeitrichtwert: 9

3.1 Der Streit um den gerechten Lohn – Spielregeln des Tarifkonfliktes

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Wie können Lohnkonflikte vernünftig geregelt werden?	Die Schüler sollen <ul style="list-style-type: none"> – den Verlauf eines Tarifstreites verfolgen und beschreiben 	Lohn Tarifautonomie	möglicher Ausgangspunkt: Berichte in der Tageszeitung (Einbindung des Exkurses: „Die Zeitung als Informationsquelle“ möglich)
Interessen – Kompromiß	<ul style="list-style-type: none"> – die Standpunkte der Beteiligten (Forderungen und Begründungen) kennen und prüfen, welche Interessen von allen und welche nur von einer beteiligten Gruppe verfolgt werden – Art des Zustandekommens und Ergebnis der Einigung erörtern und dabei erkennen, daß <ul style="list-style-type: none"> – Gewinnerzielung ein notwendiges Ziel unternehmerischer Tätigkeit ist – Anteil am wirtschaftlichen Gewinn ein berechtigtes Ziel der Arbeitnehmer ist. 	Gewerkschaften Arbeitgeberverbände Tarifvertrag Unternehmer Arbeitnehmer	Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG) Tarifstreit: – Verhandlung – Vermittlung – Schlichtung – Streik – Aussperrung Maßstäbe: – vernünftig – gerecht ökonomisches Prinzip, Rentabilität Löhne als Kosten Rationalisierung gerechter Lohn und Arbeitsplatzsicherung

3.2 Die Aufgaben des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft

Zielanzahl: 2

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>Mit welchen Zielen und in welchem Maß soll der Staat ordnend und lenkend/steuernd in die Wirtschaft eingreifen?</p> <p>Wirtschaftsweise – Wirtschaftsordnung – Wirtschaftspolitik</p> <p>Freiheit</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – ein einfaches Wirtschaftskreislauf-Modell erklären und Merkmale unserer Wirtschaftsweise erläutern – Preisbildung an Beispielen erklären – wissen, daß der Staat auch ein Wirtschaftssubjekt ist – Aufgabenfelder des Staates in der sozialen Marktwirtschaft kennen und verstehen, sowie beispielhaft Maßnahmen erörtern <p>Ordnungspolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Möglichkeiten des Staates zur Erhaltung des Wettbewerbes beschreiben 	<p>Betriebe Haushalte Verbraucher</p> <p>Markt Preis</p> <p>soziale Marktwirtschaft</p> <p>Wettbewerbsordnung</p>	<p>Wirtschaftskreislauf</p> <ul style="list-style-type: none"> – Geld – Güter/Dienstleistungen – Banken <p>öffentliche Hände: Bund, Länder, Gemeinden</p> <p>öffentliche Aufgaben: Bahn, Post, Schulen</p> <p>Ausgangspunkt des Unterrichtes soll das jeweilige zentrale wirtschafts- und sozialpolitische Problem sein, z. B.: Arbeitslosigkeit</p> <p>Kartell, Kartellamt</p>





Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
- soziale Gerechtigkeit	<p>Sozialpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none">- die Rolle des Staates bei der Absicherung gegen die wichtigsten Lebensrisiken beschreiben- Maßnahmen des Staates zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand erörtern	soziales Netz	Kranken-, Unfall-, Arbeitslosen-, Altersversicherung, soziale Sicherung der Frau Sparförderung Vermögensbildung
- soziale Sicherheit	<p>Konjunktur- und Strukturpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none">- Faktoren, die den Konjunkturverlauf bestimmen, nennen und beschreiben- mit Hilfe der Interpretation des „Magischen Vierecks“ einige Möglichkeiten des Staates zur Beeinflussung des Konjunkturablaufes beschreiben- konjunktur- bzw. strukturpolitische Maßnahmen in ihrer beabsichtigten Wirkung beschreiben und erklären		Konjunkturberichte in Tageszeitungen Magisches Viereck: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, Wirtschaftswachstum, Zahlungsbilanzgleichgewicht Arbeitsplatzsicherung Wirtschaftswachstum

Klasse 9:

Exkurs: Die Zeitung als Informationsquelle

Zeitrichtwert: 2

Der Exkurs kann – je nach Situation –

- unter Einschluß der in 3. und 4. genannten Aspekte im Rahmen des pädagogischen Freiraums als eigenständiges Thema behandelt werden
- mit einem anderen Thema verknüpft werden – etwa: bei 1.3 Einzelner – Gemeinde oder bei 3.1 Aufarbeiten des Tarifstreites anhand der Berichterstattung in der Zeitung
- mit Schwerpunkt auf 3. und 4. behandelt werden, wenn 1. und 2. im Deutschunterricht geleistet worden sind

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>1. Wie informiere ich mich durch die Zeitung?</p> <p>Fachsprache und ihre Entschlüsselung</p> <p>Unbekanntes und seine Erklärung</p> <p>Einzelheiten und ihr Zusammenhang</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none">– in einer Nachricht, in einem Zeitungsartikel Unbekanntes und Unverständliches herausfinden– Hilfsmittel zur Erklärung benutzen können (Lehrbuch, Atlas, Lexikon)– politische Fachausdrücke erklären– den Inhalt von Nachrichten mit eigenen Worten wiedergeben können– Nachrichten aus den Funkmedien in der Zeitung auffinden und vergleichen– Einzelmeldungen durch kontinuierliche Zeitungslektüre in einen zeitlichen und sachlichen Zusammenhang einordnen.	<p>Information</p>	<p>Analyse einzelner Nachrichten, evtl. auch des „Aufmachers“ in einer Tageszeitung</p> <p>Feststellen von Unbekanntem</p> <p>Erklärung mit Hilfe von Nachschlagewerken und Lehrervortrag</p> <p>Wiedergabe – Vergleich von Nachrichten</p> <p>Politischer Wochenbericht über ein Thema</p>



4. Wer beeinflusst den Inhalt einer Zeitung?

innere Pressefreiheit –
äußere Pressefreiheit

Die Schüler sollen

- das Impressum einer Zeitung erklären
- Fragen zu den Interessen-, Macht- und Rechtsverhältnissen im Unternehmen Zeitung stellen.

Verleger
Redakteur
Inserenten
Leser

Fragen zu den wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnissen an einem Zeitungsunternehmen

Die Zeitung als Wirtschaftsunternehmen; Verhältnis von Vertriebs- und Anzeigenerlösen, Zusammensetzung der Inserenten



Klasse 10:

1. Thema: Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland

Zeitrictwert: 11

1.1 Herrschaftsbestellung durch Wahlen



Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Warum ist unser Wahlrecht so kompliziert?	Die Schüler sollen <ul style="list-style-type: none"> – an einem Beispiel Fragen der Kandidatenaufstellung und des Wahlkampfes erörtern – Unterschiede zwischen Verhältnis- bzw. Mehrheitswahlrecht aufweisen und Auswirkungen der Wahlsysteme beschreiben – die Rolle von Erst- bzw. Zweitstimme bei der Bundestagswahl erklären 	Innerparteiliche Demokratie personalisiertes Verhältniswahlrecht Erststimme Zweitstimme	Aufgaben der Parteien nach dem Parteiengesetz Parteiengesetz: Mitgliederversammlung, Delegierte Analyse von Wahlkampfmateriail Wahlprogramme Wahlrechtsgrundsätze (Art. 38 GG) Ausählungsverfahren Fünfprozentklausel
Volkssouveränität – Repräsentation			
Partizipation – Effizienz/ Handlungsfähigkeit	– an einem Wahlergebnis Fragen der Regierungsbildung erörtern.	Regierungspartei(en)	Regierungsbildung Kanzlerwahl (Art. 63 GG) Koalitionsvereinbarungen Regierungserklärung → Geschichte: Stoffbereiche 17/3 und 18/4

1.2 Herrschaftsausübung

Lernziele

Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Wie wird regiert?	Die Schüler sollen <ul style="list-style-type: none"> – die unterschiedlichen Auffassungen/Standpunkte zu einem Gesetzesvorhaben herausfinden 	Parteien	Der Gegenstand des Gesetzes sollte möglichst schülernah und überschaubar sein
Interessenpluralität – politische Entscheidung	<ul style="list-style-type: none"> – Einflußmöglichkeiten von Interessenverbänden kennen und Vor- und Nachteile des Verbandseinflusses erörtern – den Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens verfolgen und dabei die Beteiligten und die Art ihrer Mitwirkung unterscheiden 	Parteiprogramme Interessenverbände Bundesregierung Bundestag Bundesrat	Lobby kanalisierte Interessen Sachverstand der Verbände Gang der Gesetzgebung Fraktionen Plenum und Ausschüsse Hearing
institutionalisiertes Verfahren – politische Entscheidung	<ul style="list-style-type: none"> – den institutionellen Aufbau des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik Deutschland (Staatsorgane) kennen und erklären – dabei insgesamt Probleme des Regierens aufzeigen und erörtern. 	Bundespräsident Bundesverfassungsgericht Verwaltung	Koalitionsregierung unterschiedliche Mehrheitsverhältnisse in Bundestag und Bundesrat Durchsetzen von Entscheidungen





Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>Wie kann die Regierung wirksam kontrolliert werden?</p> <p>1. Aspekt: Stellung des Abgeordneten</p> <p>Gewissen – Fraktionsdisziplin</p> <p>2. Aspekt: Rolle der Opposition</p> <p>Regierung</p> <p>– Kontrolle</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Organisation und Arbeitsweisen von Fraktionen beschreiben – am Beispiel knapper Parlamentsmehrheiten den Sinn der Fraktionsdisziplin und die Problematik des Art. 38 GG diskutieren – die Möglichkeit oppositionellen Verhaltens als Grundrecht einer demokratischen Ordnung begründen und Wert und Nutzen erörtern – wichtige Handlungsmöglichkeiten der Opposition im Parlament als Voraussetzung für eine wirksame Wahrnehmung ihrer Aufgaben erkennen und <p>an einem Beispiel erörtern, inwieweit die Opposition ihre Aufgabe erfüllt hat</p>	<p>Abgeordnete(r)</p> <p>Opposition</p>	<p>Terminkalender eines(-r) Abgeordneten Art. 38 und 21 GG Fraktionsdisziplin/ -zwang freies Mandat</p> <p>Aufgaben der Opposition: – sachliche und personelle Alternative – Kritik, Kontrolle der Regierung</p> <p>Geschäftsordnungen Debatte Kleine, Große Anfrage Fragestunde Untersuchungsausschuß</p> <p>Art. 79 (2); 39; 42 (1); 93 (2) und 44 GG</p> <p>Oppositionsstile: – Alternative – Konfrontation – Kooperation</p>

3. Aspekt:
Gewaltenteilung als
Verfassungsprinzip

Checks
and
Balances

- am Beispiel des Gesetzgebungsverfahrens die wechselseitigen Beziehungen zwischen den drei Gewalten zusammenstellen und das Prinzip der Gewaltenteilung für das System der Bundesrepublik konkretisieren
- einen Überblick über die in der Bundesrepublik vorhandenen Kontrollmöglichkeiten staatlicher Macht gewinnen.

Gewaltenteilung
Legislative
Exekutive
Judikative
Gewaltenverschränkung

Föderalismus
Grundrechte
Rechtsprechung
Gewaltenteilung
Opposition
Massenmedien





Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>Wie wirkt das bundesstaatliche Prinzip?</p> <p>Bundespolitik – Landespolitik</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Organe des Landes Rheinland-Pfalz sowie ihre Bestellung und Funktion kennen – einen Überblick über wichtige Aufgabenbereiche eines Bundeslandes gewinnen – an einem Beispiel die Bedeutung (Wirkung und Wirksamkeit) von Landespolitik verstehen. 	<p>Landtag Ministerpräsident Landesregierung</p> <p>Landtagswahl</p> <p>Landespolitik</p>	<p>Schema: Organe des Landes Rheinland-Pfalz Bürgerbeauftragter Vergleich mit Bundesorganen</p> <p>Wahl des Landtags Vergleich mit Bundestagswahl</p> <p>innere Ordnung: Polizei Kulturbereich (Schulformen, Lehrpläne) kommunaler Finanzausgleich regionale Wirtschaftsförderung</p> <p>vertikale Gewaltenteilung Flächenstaat – Stadtstaat (Möglicher Ausgangspunkt des Unterrichts: Zuzug einer Familie nach Rheinland-Pfalz – Schulwechsel der Kinder)</p> <p>→ Geschichte: Stoffbereich 33/5</p>

Klasse 10:

2. Thema: Das politische System der DDR

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>2.1 Wie leben die Jugendlichen in der DDR? Förderung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Beanspruchung und Einengung der individuellen Freiheit 	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – in Lebensbedingungen der Jugendlichen in der DDR Einblick gewinnen an Bereichen wie <ul style="list-style-type: none"> – Schulsystem – Freizeitmöglichkeiten – Wehrerziehung. 	Kollektiv	<p>Jugendgesetz der DDR FDJ / Junge Pioniere Jugendweihe Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit</p>
<p>2.2 Wie wird die DDR regiert? politbürokratischer Zentralismus</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Unterschiede in Verständnis und Funktion der Wahlen in beiden Systemen ermitteln – unter Auswertung von Dokumenten Selbstverständnis und Rolle der SED sowie der Nationalen Front beschreiben – mit Hilfe eines Strukturschemas zum Aufbau der Partei die wichtigsten Merkmale des „demokratischen Zentralismus“ nennen und diskutieren 	<p>Einheitsliste</p> <p>SED</p> <p>Demokratischer Zentralismus Politbüro Zentralkomitee</p>	<p>Bestätigungsfunktion von Wahlen SED als Avantgarde Nationale Front Einheitsliste Stellung der anderen Parteien und der Massenorganisationen</p> <p>Willensbildungsprozeß in der SED</p> <p>→ Geschichte: Stoffbereich 33/1 – 4 → Erdkunde: Thema 10/2</p>





Lernziele

Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>2.3 Wie leben die Menschen im Wirtschaftssystem der DDR? persönliche Bedürfnisse – staatlicher Plan</p>	<p>– anhand des Vergleichs der Strukturbilder von Partei- und Regierungsorganen und anhand von konkreten politischen Entscheidungen erkennen, wie Staat und Partei zusammenarbeiten</p> <p>– die Andersartigkeit des politischen Systems erkennen und bewerten nach Maßgabe des Freiheitsbegriffs des Grundgesetzes.</p> <p>Die Schüler sollen</p> <p>– Berichte über die ökonomisch-sozialen Verhältnisse in der DDR auswerten und Fragen formulieren</p> <p>– Kenntnisse erwerben über:</p> <ul style="list-style-type: none">– Eigentumsordnung– zentrale Leitung und Planung– ideologische Begründung, um dadurch Einblick zu gewinnen in die Andersartigkeit der Wirtschaftsordnung	<p>Volkskammer</p> <p>Zentralverwaltungswirtschaft</p>	<p>Ministerrat Staatsrat</p> <p>Auseinandersetzung mit</p> <ul style="list-style-type: none">– dem Wahrheitsanspruch des Marxismus – Leninismus– dem Selbstverständnis der SED <p>Gesetzbuch der Arbeit sozialistischer Wettbewerb Sozialistisches Eigentum VEB, LPG</p> <p>Rolle der Gewerkschaft</p>

Klasse 10:

3. Thema: Internationale Politik

Zeitrictwert: 8

3.1 Konfliktregelung – Vereinte Nationen

Lernziele			
Probleme/Leitfragen	empfohlene Teilziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Wie können internationale Konflikte friedlich geregelt werden?	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – durch Sammeln und Auswerten von Nachrichten zu einem aktuellen Konflikt Interessen und Handlungen der unmittelbar und mittelbar Beteiligten beschreiben 	<p>Interessen Konflikt Gewalt – Krieg – indirekte Gewalt Frieden</p>	<p>Analyse eines Konfliktes, wie etwa: Nahost-Konflikt</p> <p>Auswertungen von Tageszeitungen oder Nachrichtensendungen in Rundfunk bzw. Fernsehen über mehrere Tage hinaus mit Anleitung des Lehrers (Leitfragen, Kriterien); ggf. Ergänzung durch den Lehrer</p>
Interessen – Konflikt	<ul style="list-style-type: none"> – anhand von Schemata die Organe der UN nennen und deren Aufbau und Aufgaben beschreiben 	Vereinte Nationen (UN)	<ul style="list-style-type: none"> – Vollversammlung – Generalsekretär – Sicherheitsrat
Gewalt – Frieden	<ul style="list-style-type: none"> – Leistungen der UN sowie Hemmnisse ihrer Wirksamkeit als Folge ihrer Organisation und ihres Machtdefizits und des Verhaltens der streitenden Parteien begründen 		<p>Vetorecht der Großmächte</p> <p>Vetorecht als Blockademittel</p> <p>Mißachtung der Beschlüsse durch einzelne Staaten</p>
Macht – Recht	<ul style="list-style-type: none"> – nach einem Vergleich der Verfahren innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Konfliktregelung das Verhältnis von Macht zu Recht in der internationalen Politik reflektieren. 	Völkerrecht	<p>UN als Forum der Weltöffentlichkeit</p> <p>Rückgriff auf Ergebnisse zum Thema „Recht und Rechtsprechung“</p> <p>Internationaler Gerichtshof</p>



Sicherheitspolitik

- Bundeswehr

Die Schüler sollen

- die Bundeswehr im Rahmen der Sicherheitspolitik als Mittel zur Kriegsverhinderung beschreiben
- die allgemeine Wehrpflicht als von der Verfassung legitimierte Grundpflicht erkennen, die der Staat allen jungen Männern abverlangt

Bundeswehr

vgl. Rundschreiben des Kultusministeriums vom 1. 12. 1983, Abl. S. 509 ff.

Verteidigung im Bündnis
Art. 26 und 27 GG

Bundeswehr als politisches Instrument

Wehrdienst

- Kriegsdienstverweigerung

- das Recht des einzelnen Wehrpflichtigen, aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigern zu können, als vom Grundgesetz gewährleistetetes Grundrecht einordnen, das vom einzelnen eine individuelle, im Gewissen begründete Entscheidung verlangt

Wehrpflicht

Art. 12a und 87 a GG
Wehrpflichtgesetz

- dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 13. 4. 1978 entnehmen, daß der Wehrpflichtige nicht zwischen dem Wehrdienst und dem Zivildienst frei wählen kann

Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung

Art. 4 Abs. 3 GG
Leitsätze aus der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung vom 13. 4. 1978
Zivildienst

Gewissen

- politische Verantwortung

- das Problem im Spannungsfeld von Gewissen und politischer Verantwortung diskutieren.

3.2 Die Deutsche Frage

Probleme/Leitfragen	Lernziele	Grundbegriffe	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>Wie können wir in der Deutschen Frage unsere Interessen friedlich wahrnehmen?</p>	<p>Die Schüler sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – anhand des Grundgesetzes das Selbstbestimmungsrecht als unverzichtbaren Grundsatz aus unserem Freiheitsverständnis begründen 	<p>Selbstbestimmungsrecht, Wiedervereinigungsgebot Nation</p>	<p>Präambel des Grundgesetzes Nationalhymne</p>
<p>Selbstbestimmungsrecht – Gewaltverzicht</p>	<ul style="list-style-type: none"> – anhand einer Zeittafel die wichtigsten Stationen der Entwicklung der Deutschen Frage erläutern und die Deutsche Frage als Teil des Ost-West-Konflikts erklären 	<p>Deutsche Frage</p>	<p>→ Geschichte: Stoffbereich 37 Deutschland-Vertrag Vier-Mächte-Abkommen</p>
<p>Interessenwahrnehmung – Kompromißbereitschaft</p>	<ul style="list-style-type: none"> – mit Hilfe von Leitfragen die wichtigsten Vereinbarungen des Grundlagenvertrages aus dem Vertragstext entnehmen 	<p>Grundlagenvertrag</p>	<p>Verhandlungen Verträge Vertragsfolgen</p>
<p>Friede trotz Interessenwahrnehmung – Friede durch Interessenwahrnehmung</p>	<ul style="list-style-type: none"> – den aktuellen Stand der Deutschen Frage erörtern. 	<p>Vertragspolitik</p>	<p>DDR: Abgrenzungspolitik Bundesrepublik: – Offenhalten der Deutschen Frage – menschliche Erleichterungen Eingebundenheit der Deutschen Frage in die Ost-West-Beziehungen → Geschichte: Stoffbereich 33/4</p>

